

# Der BUND in Nordrhein-Westfalen



## Jahresbericht 2012

„Wir haben nur eine Erde. Der BUND NRW mit all seinen Mitgliedern, Freunden und Aktiven setzt sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Wir wollen diese Erde mit mindestens den gleichen Gestaltungschancen weitergeben, wie wir sie vorgefunden haben.

Das soll Richtschnur für unser eigenes Verhalten sein, das werden wir unsere Kinder lehren, und das wollen wir anderen Menschen als Notwendigkeit der naturbedingten Einheit von Leben und Umwelt auf der Basis ethischer Grundwerte vermitteln und einsichtig machen.“

Präambel der Satzung des BUND NRW

<b>Vorwort</b>	4
----------------	---

## **Natur- und Umweltschutz in NRW.**

Wer die Wahl hat, ...	6
Natur schützen. Vielfalt sichern.	7
Für eine bäuerliche Landwirtschaft. Gegen Agrarfabriken.	14
Wasser schützen	18
Natürliche Lebensgrundlagen erhalten	22
Energiewende von unten	25
Verkehr verkehrt	31

## **Unabhängig. Politisch und finanziell.**

BUNDland NRW	33
Unabhängig. Auch finanziell	36
Wir über uns	38
Impressum	40

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich über Ihr Interesse an der Arbeit des BUND Nordrhein-Westfalen. Der Rückblick auf das Jahr 2012 zeigt einmal mehr auf, wie wir gemeinsam Verbesserungen für Umwelt und Natur bewirken und die öffentliche und politische Diskussion hierüber beleben können. Ob Klimaschutz und Kraftwerke, Landwirtschaft und Nationalparke, Erdgas-Fracking und Industrieanlagen, Gewässer, Wald oder Artenschutz, hierzu, aber auch zu vielen anderen Themen, mischten wir uns in bekannter Art und Weise engagiert und mitunter streitbar in die Landespolitik ein, benannten Fehlentwicklungen und zeigten konkrete Alternativen auf. Vor Ort sind es unsere vielen BUND-Aktiven zwischen Eifel und Teutoburger Wald, die sich beherzt in Gruppen und Projekten für unsere Anliegen einsetzen. Ihnen allen gilt mein persönlicher Dank dafür.

2012 war vor allem das Jahr der Energiewende, ausgelöst durch die Katastrophe in Fukushima im Jahr davor. Wir wollen diese Wende und bringen uns hierfür tatkräftig auf allen Ebenen ein. Nachdem das von uns angeregte Klimaschutzgesetz beschlossen wurde, befördern wir jetzt dessen Umsetzung mit Hilfe des Klimaschutzplans. Wir arbeiten vor Ort aktiv in Bürgerenergie-Genossenschaften mit, helfen Konflikte bei Windkraftstandorten zu lösen und machen selbst konkrete Standortvorschläge. Unser Ziel ist eine „Energiewende von unten“! Um der Bedrohung unserer Lebensgrundlagen und des Artenbestandes durch den CO<sub>2</sub> Ausstoß fossiler Energien und durch Atomkraft ein Ende zu setzen, müssen wir die erneuerbaren Energien ausbauen und vor allem Energieeinsparung und höhere Effizienz als wichtigste Energiequellen endlich umfassend nutzen.

Im Übrigen gilt: Wer sehen will, wie die bisherige Form der Energienutzung Lebensgrundlagen und Artenvielfalt zerstört, möge sich den Fortgang des Tagebaues Hambach ansehen. Es zerreißt einem das Herz, wenn man sieht, wie dort Landschaft, Wasserhaushalt, uralter Wald in großem Stil zerstört und selten gewordene Tierarten massenweise vertrieben und getötet werden. Nicht umsonst haben wir erneut den Kampf gegen den aktuellen Rahmenbetriebsplan aufgenommen und versuchen wenigstens noch einen Restbestand des alten Waldes zu retten.

2012 wurde besonders deutlich, was für eine Sackgasse die Intensivtierhaltung darstellt. Der hier übliche, massive Einsatz von Antibiotika führt zum Auftreten resistenter Keime mit erheblichen Gefahren auch für die menschliche Gesundheit. Wir vom BUND drängen seit Jahren darauf, die miserablen Tierhaltungsbedingungen in der Intensivmast grundlegend zu verbessern und die Qualzucht von Tieren zu verbieten. Hierfür setzen wir uns intensiv ein – auf Landesebene ebenso wie im Widerstand gegen neue Mastanlagen vor Ort.



Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender

Foto: Göpfert/tema

Im Naturschutz wurde 2012 die große Chance eines zweiten Nationalparks im Teutoburger Wald/Egge Gebirge politisch verhindert. Mit beispielloser Wut zogen die lokalen schwarz-gelben Matadore alle Register und malten den Ruin der Holzwirtschaft an die Wand, obwohl es hier um weniger als 4 Prozent der Waldfläche in OWL ging. Gleichzeitig müssen wir wegen dilettantischer Verträge der früheren CDU/FDP-Landesregierung mit einem österreichischen Konzern jetzt befürchten, dass es zu Kahlschlägen und Engpässen für die Holzwirtschaft kommt. Umso wichtiger ist es, für geschützte Waldflächen und Wildnisregionen zu sorgen. Wir werden daher weiter dafür eintreten, dass der Nationalpark in OWL doch noch in dieser Legislaturperiode kommt.

In der Verkehrspolitik hat der BUND im zurückliegenden Jahr einmal mehr die Autobahn- und Landesstraßenplanungen einer kritischen Analyse unterzogen. Das Ergebnis ist eindeutig: Im zersiedelten und über alle Maßen mit Straßen durchzogenen NRW darf es keinen weiteren Neubau von Straßen geben, knapper werdende Mittel müssen in vorwiegend in den ÖPNV, die Netzoptimierung und die Bestandserhaltung gehen!

2012 hat die rotgrüne Landesregierung in NRW eine stabile Mehrheit erhalten. Nachdem in den Vorjahren große Infrastrukturprojekte penetrant politisch befördert wurden, war jetzt eigentlich mehr Nachdenklichkeit angesagt. Mit Befremden sehen wir aber, dass für die SPD Wirtschaftsförderung, Kohlekraftwerke, Straßenbau und Großchemie ganz oben stehen. Demgegenüber fordern wir mehr Mut und mehr Bürgerbeteiligung beim ökologischen Umbau des Energie- und Industrielandes NRW. Immerhin ist die Wertschätzung der Arbeit der Naturschutzverbände und deren Einbindung in die politische Willensbildung deutlich verbessert worden.

Der BUND ist ein Mitmachverband – eine Plattform für alle, die sich im Umwelt- und Naturschutz einsetzen. Die vielen Aktivitäten in diesem Jahresbericht zeigen auch beispielhaft, wie viele Menschen im Land vor Ort erneut mit angepackt haben, im Kleinen wie im Großen – ehrenamtlich, unabhängig und mit großer Beharrlichkeit. Viele Umweltaktive sind beruflich und privat stark eingespannt, ich kenne dieses aus meinem eigenen (Er-)Leben. Umso mehr weiß ich es zu schätzen, wie viele sich im BUND in ihrer Freizeit engagieren. Das Ehrenamt ist das Rückgrat unseres Verbandes. Diese Aktivitäten wie auch unsere völlige Unabhängigkeit von Staat und Wirtschaft sind uns zugleich nur möglich, weil so viele Menschen uns als Mitglieder und Spender unterstützen. Auch Ihnen gebührt mein aufrichtiger Dank!

Ganz besonders danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Landesgeschäftsstelle und in den Projekten, mit denen ich so viele Jahre intensiv und gut zusammen gearbeitet habe, für ihr Engagement. Auch dafür, dass sie gemeinsam zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen und auch im Jahr 2012 die BUND-Aktiven nach Kräften unterstützt haben.

Liebe Leserinnen und Leser,

seit neun Jahren bin ich Mitglied des BUND-Landesvorstandes, davon sechs Jahre in der Verantwortung als Landesvorsitzenden. Dieses Mandat endet im Mai

2013. Mit Freude blicke ich auf viele Begegnungen in allen Teilen des Landes zurück, bei denen ich engagierte und interessante Menschen kennenlernen durfte – kontroverse Debatten über den besten Weg, unsere gemeinsamen Ziel zu erreichen, eingeschlossen. Wechselnde politische Mehrheiten in NRW, neue Themen und Fragestellungen, sich ändernde Anforderungen ans Ehrenamt, Positionsbestimmungen im Land und im Gesamtverband, aber auch eine intensive Einbeziehung durch die Landespolitik haben mich stark gefordert. Jetzt ist es Zeit für eine Atempause für mich, ohne im Engagement nachzulassen, aber die nächste Generation ist gefordert, stärker Verantwortung wahrzunehmen. Ich freue mich auf die vor uns liegende Etappe – der BUND ist weiter auf gutem Kurs.

Herzlichst



Foto: D. Jansen



*Wie viel BUND ist künftig im Landtag? Mit unserer Kampagne zur Landtagswahl definierten wir die ökologische Messlatte.*

Foto: D. Jansen

## Wer die Wahl hat, ...

Zwei Landtagswahlen in zwei Jahren forderten nicht nur die PolitikerInnen, sondern auch den BUND. Mit Bilanzen, Parteien- und Kandidatenchecks, Wahlprüfsteinen und Podiumsdiskussionen haben wir Einfluss genommen und über die Parteigrenzen hinweg für mehr ökologische Vernunft geworben.

Nach dem Abenteuer Minderheitsregierung hat Nordrhein-Westfalen jetzt eine stabile Regierung. In ihrer Regierungserklärung hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verkündet, Rot-Grün werde sich im Rahmen einer Umweltwirtschaftsstrategie konsequent für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcen- und Energieeffizienz einsetzen. Das sei „Zukunftspolitik für NRW“.

An diesen aus Umweltsicht positiven Ankündigungen wird sich die Politik jetzt messen lassen müssen. Und: Jetzt muss geliefert werden!

Mit dem Landes Klimaschutzgesetz ist ein zentrales Reformprojekt jetzt endlich vom Parlament verabschiedet worden. Trotzdem hat es sich die Ministerpräsidentin nicht nehmen lassen, mit dem Braunkohlekraftwerk Neurath einen weiteren Klimakiller offiziell in Betrieb zu nehmen. Das passt nicht zusammen.

Auch bei einem weiteren zentralen BUND-Wahlprüfstein, der Beendigung des Straßenneubaus, gibt es Widersprüchliches zu vermelden. Zwar betont der Verkehrsminister Michael Groschek, der Erhalt käme vor dem Neubau. Gleichwohl treibt das Land den Weiterbau der Bundesautobahnen A 33 und A1 voran.

Zweifelloso gute Ansätze gibt es im Bereich der Agrarpolitik und des Erhalts der Artenvielfalt. Gerade aber in Sachen Biodiversität wartet der BUND noch auf die Umsetzung seiner Vorschläge. Ob Landesnaturschutzgesetz, Neufassung des Jagdrechts oder Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – noch stecken wir im Reformstau.

Unterm Strich geht dem BUND die Umsetzung der ökologisch-ökonomischen Erneuerung des Landes viel zu langsam voran. Die Landesregierung nutzt ihren Gestaltungsspielraum leider nur zögerlich. Vor dem Hintergrund kurzfristiger, einseitig ökonomischer Interessen rücken die zukunftsfähige Ausrichtung des Landes in den Hintergrund.

Aber auch aus den Reihen der Opposition kommt wenig Positives. Von den Piraten, der CDU und FDP sind bislang keine wesentlichen ökologischen Impulse aufgefallen. Im Gegenteil: Wichtige Reformprojekte wie ein zweiter NRW-Nationalpark scheiterten bislang vor allem auch am Widerstand von CDU und FDP.

Für den BUND bleibt trotz – oder gerade wegen – Rot-Grün noch viel zu tun. Einen kleinen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten des Landesverbandes bietet dieser Jahresbericht. Er zeigt: Die Unterstützung des BUND ist immer eine gute Wahl. Machen Sie mit!

# Natur schützen. Vielfalt sichern.

Das Artensterben geht ungebremst weiter – auch in Nordrhein-Westfalen. Dieses bittere Fazit sollte aber nicht zur Resignation führen, sondern Ansporn sein, unsere Aktivitäten zum Schutz der biologischen Vielfalt noch weiter zu verstärken. Vielerorts ist der BUND aktiv. Ob bei der alljährlichen Rettung hunderttausender wandernder Amphibien und bei der Biotoppflege oder im politischen Kampf für einen zweiten NRW-Nationalpark – BUND-Aktive retten Natur, klären auf, gehen mit gutem Beispiel voran. Überall, wo Natur zugebaut, wertvolle Wälder zu Nutzholzforsten umgewandelt und Äcker in lebensfremde Monokulturen umgewandelt werden, mischen wir uns ein. Die Arbeit 2012 war dabei von Neuem und Bewährtem geprägt.

## Großer Erfolg im Wildkatzenprojekt

Der BUND hat im Kottenforst bei Bonn und in der angrenzenden Ville insgesamt 11 Wildkatzenindividuen nachgewiesen. Nachdem die Wildkatze dort seit den 1960er Jahren als verschwunden galt, gab es innerhalb der letzten Jahre häufiger Hinweisen auf die scheuen Tiere. Nun besteht endlich Gewissheit. Bei den sieben männlichen und vier weiblichen Tiere handelt es sich um eine kleine Population, die hier Fuß gefasst und sich auch bereits reproduziert hat.

Für die Untersuchungen sammelten die Fachleute des BUND Haarproben, die dann vom Forschungsinstitut Senckenberg genetisch ausgewertet wurden. Um an die Haare zu gelangen, wurden Holzpflocke, sogenannte Lockstöcke, im Wald ausgebracht und Baldrianlösung besprüht. Die Tiere werden von dem Baldriangeruch angelockt, reiben sich am rauen Holz und hinterlassen dabei Haare, die abgesammelt werden.

Die Untersuchung ist Teil des bundesweiten BUND-Projekts „Wildkatzensprung“, das vom Bundesamt für Naturschutz im Rahmen des Bundesprogramms „Biologische Vielfalt“ und vom Umweltministerium NRW gefördert wird. Mit den deutschlandweit erfassten Daten der Wildkatze wird eine Gendatenbank aufgebaut, die Aufschluss über Wanderbewegungen, Verwandtschaftsverhältnisse und den Grad der Isolierung der verschiedenen Wildkatzenpopulationen geben soll.

In Nordrhein-Westfalen wird der BUND in 2013 gemeinsam mit den lokalen Forstämtern beginnen, ausgewählte Waldgebiete rund um den Nationalpark Eifel zu Wildkatzenhabitaten aufzu-

werten. Die gesamte Eifel beherbergt mit etwa 1.000 Tieren eines der beiden größten Wildkatzenvorkommen Deutschlands. Ziel ist es, diese Wildkatzenpopulation weiter zu stärken, damit Wildkatzen aus der Eifel in die umliegenden Wälder einwandern und sie wieder besiedeln.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/wildkatze](http://www.bund-nrw.de/wildkatze)



Foto: Th. Stephan/Wildkatzensprung

## Großschutzgebiet „Münsterländer Heidemoore“

Der BUND hat 2012 den Startschuss für ein großes zusammenhängendes Wildnisgebiet „Münsterländer Heidemoore“ gegeben. In ihm sollen wieder frei lebende Pferde und andere Weidetiere umherstreifen. Damit soll das einzigartige Naturareal im Münsterland erhalten

werden. Vor kurzem fanden Erkundungsbohrungen der Quarzlagernstätten statt.

Einen ersten Erfolg gibt es schon zu verbuchen: Der Kreis Recklinghausen kündigte an, dass man dem Beispiel der Nachbarkreise Borken und Coesfeld folgen und seinen Anteil an den Flächen bis 2015 unter Schutz stellen werde.

Mehr Infos: [www.heidemoore.de](http://www.heidemoore.de)



Die BUND-Experten Klaus Brunsmeyer, Paul Kröfges, Dr. Michael Harengerd und Martin Groß bei der Projektvorstellung im August 2012.

Fotos: H. Steffe, M. Groß

ten und den Menschen die Möglichkeit zum Erlebnis der „Wildpferde“ in ihrer Heide- und Moorlandschaft geboten werden.

Die Flächen des über 30 Quadratkilometer großen Projektgebietes unterliegen bereits fast vollständig dem höchsten Naturschutzstatus: Die Borkenberge, der Linnert, das Teichgut bei Hausdülmen und das Weiße Venn/Geisheide in Lavesum sind FFH-Gebiete (Flora Fauna Habitat) und Teil eines europäischen Vogelschutzgebietes. Nur die WASAG-Moore bei Sythen stehen nicht vollständig unter Schutz. Ziel ist es, die „Münsterländer Heidemoore“ vollständig in das Nationale Naturerbe zu übertragen und damit zu sichern. Auf diese Weise ist es bundesweit in den letzten Jahren erfolgreich gelungen, den Erhalt etlicher ehemals militärisch genutzter Flächen für den Naturschutz und das Naturerleben dauerhaft zu sichern.

Schon jetzt gibt es für die Zeit nach dem Abzug der britischen Truppen viele Interessen an einer wirtschaftlichen Nutzung der „Münsterländer Heidemoore“. So werden in dem bestehenden Naturschutzgebiet Borkenberge bereits mehrere große Flächen intensiv landwirtschaftlich genutzt. Im Weißen Venn wurden geschützte Heiden und Sandmagerrasen illegal mit großen Mengen von Gülle in Intensivgrünland umgewandelt. An die Landesregierung ging deshalb die Forderung, schnell zu handeln und die intensive landwirtschaftliche Nutzung in den Schutzgebieten sofort zu beenden. Dem „Weißen Venn“ und der „Geisheide“ drohen möglicherweise sogar ein noch viel dramatischeres Schicksal, denn dort

## Glaskubus Drachenfels: BUND gewinnt Naturschutz-Klage

Die neue touristische Attraktion auf dem Drachenfelsplateau muss ökologisch optimiert werden. Das ist das Ergebnis einer BUND-Klage, mit der vorübergehend der Weiterbau des neuen Restaurants gestoppt wurde. Das Verwaltungsgericht Köln gab der Klage statt und hob den Bescheid des Rhein-Sieg-Kreises zur Befreiung der Bauherrin des Glaskubus auf dem Drachenfelsplateau von den Verboten des Naturschutzrechts auf. Wir hatten gerügt, dass die Fassadengestaltung und das Lichtkonzept für den geplanten Glaskubus nicht den rechtlichen Anforderungen zum Naturschutz im FFH-Gebiet Siebengebirge genügen.

Der BUND hatte frühzeitig – noch vor der Ausschreibung zum Architekturwettbewerb für die Neugestaltung des Plateaus – auf die besonderen Anforderungen an die Fassadengestaltung des geplanten Neubaus wegen der unmittelbar benachbarten selten Brutvogelarten hingewiesen und geeignete Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Diese Hinweise waren bis zuletzt nicht ernst genommen worden. Von dem Glasbau sind vor allem Wanderfalke, Uhu, Zippammer, Zaunammer und etliche Spechtarten, die im Umfeld des Glaskubus leben, betroffen. Der Drachenfels ist mit jährlich etwa 450.000 Besuchern ein herausragendes touristisches Ziel von überregionaler Bedeutung. Das Drachenfelsplateau liegt in dem nach europäischen Vorgaben besonders schützenswerten Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH) „Siebengebirge“.



## Nationalpark Teutoburger Wald muss kommen

Es ist schon ein Trauerspiel: Die große Chance zur Einrichtung eines Nationalparks in Ostwestfalen droht am parteipolitischen Gezänk und dem Widerstand einiger lokaler Anti-Naturschutz-Lobbyisten zu scheitern. Dabei wäre die Ausweisung eines Buchenwaldnationalparks im Teutoburger Wald ein wichtiger Baustein bei der Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt.

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution der Landesdelegiertenversammlung 2012 plädierte der BUND für die Schaffung eines 8.650 Hektar großen Nationalparks im Teutoburger Wald und der angrenzenden Egge. Nach dem Ende der militärischen Nutzung auf dem angrenzenden Truppenübungsplatz Senne müsse der Nationalpark auf dieses Gebiet und damit um 11.000 Hektar erweitert werden.

Gemeinsam mit den befreundeten Naturschutzverbänden LNU und NABU hat der BUND dafür eine Nationalpark-Koordinierungsstelle in Detmold eingerichtet. Die Koordinierungsstelle wird gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

Auch die Bevölkerung unterstützt mehrheitlich die Pläne, wie eine Meinungsumfrage vom Oktober 2012 belegt. 86 Prozent der Bevölkerung von NRW wünschen sich einen Nationalpark in Senne, Teutoburger Wald und Eggegebirge. 76 Prozent sind es trotz heftiger Anfeindungen durch die Gegner auch im Regierungsbezirk Detmold. Nur 10 Prozent im Land bzw. 16 Prozent in OWL lehnen ihn ab. Dieses Votum einer großen Mehrheit ist ein klares Signal an die Parteien und auch an die Landesregierung: Die Bevölkerung will den Nationalpark!

Wir Nationalpark-Befürworter erwarten, dass die Landesregierung den weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess selbst in die Hand nimmt, sollte die Region mit der Umsetzung der Nationalparkplanung überfordert sein. Der jahrzehnelangen Diskussion um den Nationalpark müssen jetzt endlich Taten folgen.

Mehr Infos: [www.nationalpark-ja-bitte.de](http://www.nationalpark-ja-bitte.de)

Foto: D. Jansen



## Orchideenschutz im BUND

Die Erforschung, der Schutz und die Erhaltung der heimischen Orchideen-Flora ist Aufgabe und Passion des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW. Dessen 255 aktive Mitglieder pflegen Biotope, kartieren Orchideenvorkommen und veröffentlichen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit auf Fachtagungen und in Publikationen.



Mehr als 50 Orchideenarten sind in Nordrhein-Westfalen heimisch. Gemeinsam mit den Arbeitskreisen der anderen Bundesländer kürt der AHO NRW auch die Orchidee des Jahres. In 2012 fiel die Wahl auf das Bleiche Knabenkraut (*Orchis pallens*).

Mehr Infos: [www.aho-nrw.de](http://www.aho-nrw.de)

Fotos: W. Kühn, wikimedia.org

## Phantasialand will wachsen

Der Flächenverbrauch ist eines unserer drängendsten Umweltprobleme. Allen politischen Lippenbekenntnissen zum Trotz werden noch immer täglich bis zu 14 Hektar in NRW „verbraucht“. Eine besonders abschreckendes Beispiel ist im rheinischen Brühl zu besichtigen.

Dort sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt: mit dem Europapark Rust im Süden Baden-Württembergs, dem größten Freizeitpark des deutschsprachigen Raums, will man zukünftig konkurrieren und versucht daher bereits seit Jahrzehnten, das Phantasialand in die angrenzenden Naturschutzgebiete hinein zu erweitern. Nun soll es Dank eines „dauerhaft tragfähigen Kompromisses“, wie es die Staatskanzlei nannte, endlich gelingen. Denn der Regionalrat Köln hat Mitte Dezember 2012 mit seiner Änderung des Regionalplans die Erweiterung beschlossen, und die Landesregierung – oder zumindest ein nicht unerheblicher Teil davon – gab ihren Segen.

Zwar entspricht dieser Kompromiss nicht der ursprünglich vom Freizeitparkbetreiber geforderten großen Lösung, beinhaltet aber nach wie vor die wesentlichen Konflikte: die Erweiterungsfläche gehört stark überwiegend dem Land NRW. Die rot-grüne Landesregierung hatte sich aber in den Koalitionsvertrag geschrieben, keinen Staatswald mehr veräußern zu wollen. Und dann geht es bei der Erweiterungsfläche auch noch um eine Neuversiegelung in der Größenordnung von 20 ha, und zwar des Naturschutzgebiet Ententeich. Auch das passt nicht wirklich zu den Ankündigungen, den Flächenverbrauch reduzieren und das Naturerbe des Landes bewahren zu wollen.

Dabei konnte gar kein überwiegendes öffentliches Interesse an dem Erweiterungsvorhaben nachgewiesen werden. Vielmehr wurde im bisherigen Verfahren deutlich, dass die Verluste der gesetzlich geschützten Le-

bensraumtypen in der Größenordnung von 4 Hektar, von geschützten und gefährdeten Arten wie Springfrosch und Zwerg-Igelkolben nicht in räumlich-funktionalem Zusammenhang und damit nicht effektiv kompensiert werden können. Heißt auf gut deutsch: es gibt eigentlich keine Ausgleichsflächen, also kann es auch keine Vernichtung des Naturschutzgebiets geben. Und es ist bis dato ungelöst, wie man das Phantasialand verpflichten will, zukünftig von weiteren Ausbauvisionen zu lassen. Denn dies wäre die Grundbedingung, um einen scheinweisen Ausverkauf der angrenzenden Villenwälder und -seen zu verhindern.

Viele offene Fragen, deren Beantwortung den BUND in den kommenden Jahren beschäftigen wird, möglicherweise auch vor Gericht. Eine politische Geisterfahrt, nicht etwa wegen einer neuartigen Geisterbahn oder anderer Attraktionen, sondern wegen Hotels, Parkplätzen und Wellness-Oase. Dafür muss wirklich keiner mehr ins Phantasialand.

*Holger Sticht (l.) und seine Mitstreiter bei der Übergabe der Phantasialand-Stellungnahme an Vertreter der Bezirksregierung Köln. Foto: BUND-Archiv*



## Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum...

Jeder dritte Weihnachtsbaum kommt aus dem Sauerland in unsere guten Stuben. Auch billig soll er sein. Genau so funktioniert die Produktion der Weihnachtsbäume. Begünstigt durch die Nutzung ehemaliger Kyrill-geschädigter Waldflächen dehnten sich die Anbauflächen auf Kosten einer natürlichen Waldgesellschaft oder von Grünland dramatisch aus. Südwestfalen ist mit etwa 18.000 Hektar Anbaufläche das größte europäische Produktionsgebiet für Weihnachtsbäume und Schmuckreisig. Mittlerweile werden auch über 4.080 Hektar wertvoller Waldflächen für die Anlage dieser Kulturen genutzt. Allein in Folge des Orkans Kyrill kamen zwischen 2007 und 2011 etwa 2.200 Hektar Weihnachtsbaumkulturen auf ehemaligen Waldflächen hinzu.

Aber unter welchen Bedingungen diese grünen Weihnachts-Dekorationen produziert werden, ist den meisten KäuferInnen unbekannt. Nur unter hohem Herbizideinsatz lassen sich die Bäume so preiswert produzieren. Gefahren für das Grund- und Trinkwasser, Schädigungen terrestrischer und aquatischer Organismen sowie eine beschleunigte Bodenerosion sind die Folge.

Im September 2012 lud daher der BUND die Bürgerinitiative „Giftfreies Sauerland“, den Landesbetrieb Wald und Holz, die Landwirtschaftskammer und den Interessenverband der Weihnachtsbaumanbauer zu einer Diskussionsveranstaltung nach Schmallenberg ein.



Eine Annäherung der Standpunkte gelang leider nur zum Teil. Die Baumplantagen-Besitzer zeigten keinerlei Entgegenkommen, auf das umwelt- und gesundheits-schädigende Breitbandherbizid Glyphosat – dem Wirkstoff von Roundup – zu verzichten. Aller Kritik zum Trotz verliehen sich die Baumproduzenten selbst ein Gütesiegel, das dem Verbraucher suggerieren soll, die jährlich 10 Millionen produzierte Weihnachtsbäume aus dem Sauerland seien absolut unbedenklich.

Dabei gibt es längst umweltfreundliche Alternativen.

Tannenbäume mit Bio-Siegel aus ökologischem Anbau sind zwar teurer, garantieren dafür aber ein giftfreies Weihnachten.

Auch der Landesgesetzgeber hat das Problem erkannt und plant Abhilfe. Durch eine Novellierung des Landesforstgesetzes soll klargestellt werden, dass künftig Weihnachtsbaum-Plantagen nicht mehr Wald im Sinn des Gesetzes sein sollen. Damit soll die Waldumwand-

lung zugunsten der Baumplantagen verhindert werden. Das an sich gute Ansinnen wird jedoch leider dadurch entwertet, dass eine unverhältnismäßig lange Übergangsfrist von 15 Jahren geplant ist. Wirtschaftsinteressen stehen hier eindeutig gegen die Belange des Naturschutzes und gegen die Fürsorgepflicht des Landes für Anwohner und erholungssuchende Bürger. Dagegen wird der BUND auch weiter aktiv werden.

## Kleines Nachtpfauenaug ist Schmetterling des Jahres 2012

Das Kleine Nachtpfauenaug (*Saturnia pavonia*) wurde von der BUND NRW Naturschutzstiftung und der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. zum Schmetterling des Jahres 2012 gekürt. Mit dieser Wahl macht die Jury auf einen der größten und farbenprächtigsten Nachtfalter hierzulande aufmerksam. Als Folge des fortschreitenden Landschaftsverbrauchs und der Industrialisierung der Landwirtschaft ist der Bestand des Kleinen Nachtpfauenauges in einigen Regionen Deutschlands stark zurückgegangen. Dort steht es auf der Vorwarnliste gefährdeter Tiere.

Mehr Infos: [www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterlinge\\_des\\_jahres](http://www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterlinge_des_jahres)





## Ein Halali auf die Jagd

Das Jahr 2012 stand auch im Zeichen der Jagd. Der Arbeitskreis Jagd und Naturschutz beim NRW-Umweltministerium wurde, ohne brauchbare Ergebnisse erzielt zu haben, erst einmal wieder „eingemottet“. In Düsseldorf bliesen rund 50 statt der angekündigten 1.000 Jäger den nicht anwesenden Landtagsabgeordneten ordentlich den Marsch. Und der BUND veröffentlichte sein Positionspapier zur Jagd in NRW, das auch Dank einer erfolgreichen Social-Media-Kampagne bundesweit Wellen schlug. Insbesondere das BUND-„Jägerlatein“ sorgte für zum Teil hasserfüllte Zuschriften, aber auch viel Zustimmung.

Ein Jahr hatte sich der Landesarbeitskreis Naturschutz Zeit genommen, um in seinem „13-Punkte-Programm für ein ökologisches Jagdgesetz“ die am Landesjagdgesetz notwendigen Änderungen zu benennen. Was viele bisher nur leise dachten, wurde wissenschaftlich hinterlegt und politisch eingefordert.

Bei einem solch traditionellen und meist nur emotional geführten Thema keine einfache Aufgabe. Schließlich sind auch viele Naturschützer mit der Vorstellung aufgewachsen, dass der Jäger den Wolf, den er ausgerottet hatte, ersetzen müsste. Doch der hat seit seiner Rückkehr nach Deutschland vor 12 Jahren noch keine Rehbestände reduziert. Denn Paarhufer – bisher nur unter ihrem jägerlateinischen Titel „Schalenwild“ bekannt gewesen – regulieren nach anerkanntem Wissen der Populationsökologie eher ihre Beutegreifer. Allerdings brachte ein Jäger aus NRW erfolgreich den ersten We-

sterwälder Wolf zur Strecke – und verlor wenigstens seinen Waffenschein.

Bahnbrechend war der Richterspruch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Ende Juni 2012, nach welchem die Zwangsmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Damit schien sich die Forderung des 13-Punkte-Papiers zu erfüllen, den Jagdzwang zu beenden. Leider weigerten sich bis auf Bündnis 90/Die Grünen alle Parteien des Bundestags, das Jagdrecht entsprechend zu ändern. So soll der BUND auch weiterhin gezwungen werden können, Jagd auf seinen Grundstücken zu dulden. Ob dies auch nach der zu erwartenden Klagewelle, an der sich der BUND beteiligen könnte, Bestand haben wird, werden die kommenden Jahre zeigen. Dies gilt auch für die spannende Frage, ob die Landesregierung ihre Ankündigung wahr macht, die Novellierung des Landesjagdgesetzes in 2014 zu einem Paradigmenwechsel zu nutzen.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/jagd](http://www.bund-nrw.de/jagd)

## Ausgezeichnete BUND-Projekte

Das Projekt „Ameisenbläulinge“ des Arbeitskreises Mittlere Sieg im BUND Rhein-Sieg sowie das Kölner BUND-Projekt „Bürgerheide“ wurden als offizielle Projekte der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet. Die Auszeichnung wird an Projekte verliehen, die sich in nachahmenswerter Weise für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen.

Der Arbeitskreis Mittlere Sieg um Heidrun und Prof. Dr. Egbert Brieskorn sichert und fördert seit Jahrzehnten erfolgreich die hochgradig gefährdeten Bestände des Dunklen und des Hellen Wiesenknopf-Ameisenbläulings. Dazu werden Grundstücke angekauft bzw. gepachtet

*Kölns Bürgermeister Manfred Wolf überreicht Gabi Falk (BUND Köln) die Auszeichnung. Gerald Knauß (SUE) und Holger Sticht (BUND NRW) freuen sich. Foto: N. Kartaki*



und durch eine fein gesteuerte Wiesenmähd so entwickelt, dass alle Arten, die im Lebenszyklus der Falter von entscheidender Bedeutung sind, gefördert werden. Denn neben der Wirtspflanze, dem Großen Wiesenknopf, sind die beiden Falter auch auf Wirtsameisen angewiesen.

Bis Anfang 2012 wurde das Projekt „Bürgerheide“ rund um das Kölner Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide durch die Stiftung für Umwelt und Entwicklung NRW (SUE) gefördert. Ziel war es, Anwohner des Naturschutzgebiets für den Schutz ihres unmittelbaren Lebensumfelds zu begeistern, zu binden und damit neue MitstreiterInnen für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu gewinnen. Auf diese Weise hat sich eine neue BUND-

Ortsgruppe gebildet, die Naturschutzmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit durchführt.

Die Auszeichnungen fanden im Rahmen der Aktivitäten zur UN-Dekade Biologische Vielfalt statt, die von den Vereinten Nationen für den Zeitraum von 2011 bis 2020 ausgerufen wurde. Ziel der internationalen Dekade ist es, den weltweiten Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Dazu strebt die deutsche UN-Dekade eine Förderung des gesellschaftlichen Bewusstseins in Deutschland an. Das Anliegen der UN-Dekade ist es daher, mehr Menschen für die Natur zu begeistern und für den Erhalt der Biodiversität zu werben.

## Naturschutzgroßprojekt „chance 7“

Seit dem 1. Dezember 2010 beteiligt sich der Rhein-Sieg-Kreis unter dem Projektnamen ‚chance7‘ an dem Bundes-Förderprogramm chance.natur. Zwischen dem Siebengebirge im Westen und der Gemeinde Windeck an der mittleren Sieg sollen in den nächsten 12 Jahren auf einer Fläche von annähernd 14.000 Hektar bundesweit bedeutsame Lebensräume und Arten erhalten und gefördert werden. Mit einem neuen Projekt begleitet der BUND den Prozess.

Aufgabe des BUND-Projektes ist es, die Stellung der im Naturschutz ehrenamtlich aktiven Gruppen und Vereine im Naturschutzgroßprojekt „chance.7“ zu stärken und damit eine ernsthafte Teilnahme zu ermöglichen. Anderenfalls würde das Projekt noch stärker von den Nutzerverbänden und den Kommunen dominiert werden. Durch die verbesserte Partizipation sollen solche Bausteine im Naturschutzgroßprojekt gestärkt werden, die sich aus der Bürgerschaft und konkreten Projekten vor Ort entwickeln und dadurch besonders passgenau und dauerhaft angelegt sind. Konkret ist es die Aufgabe des BUND-Projektes, die Teilnahme an offiziellen Terminen zu gewährleisten, die Gruppen bei ihrer Projektentwicklung zu unterstützen und sie in der Kommunikation gegenüber dem Projektbüro des Naturschutzgroßprojektes zu stärken. Im Ergebnis soll dadurch ein deutliches Plus an Naturschutz erzielt werden.

Das Naturschutzgroßprojekte „chance 7“ wird selbst zu 75% im Rahmen der Bundesförderung Umwelt finanziert, weitere Mittel kommen vom Land NRW und von den Kommunen. Der Projektraum ist ca. 14.000 ha groß, das Förder-volumen beträgt etwa 12,75 Mio Euro, die Laufzeit ist bis zum Jahr 2023 geplant. Im August 2012 erhielt der BUND die Förderzusage von der Stiftung Umwelt und Entwicklung (SUE). Das auf drei Jahre angelegte BUND-Projekt wurde im September 2012 gestartet.

Mehr Infos: [www.chance7.org](http://www.chance7.org)

„Wo kommen Steinkauzkästen hin, wo werden Bäume gepflanzt...“ Das Photo zeigt einen Ortstermin im Gelände im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes „chance7“. Foto: A. Baumgartner

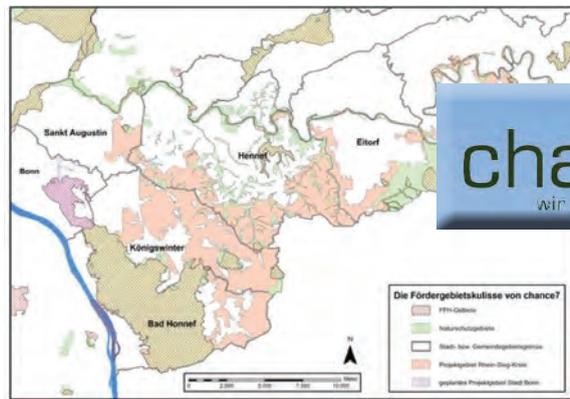




Foto: D. Jansen

## Für eine bäuerliche Landwirtschaft. Gegen Agrarfabriken

Die BUND-Aktivitäten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft umfassen ein breites Themenspektrum von Gentechnik über Tierhaltung bis hin zu Agrarsubventionen, Gülle, Biogasanlagen, Ökolandbau, Streuobstwiesenschutz u.v.m. Vor allem die Intensivtierhaltung und die immens hohe Fleischproduktion mit ihren Schattenseiten für Mensch, Tier und Umwelt waren im Jahr 2012 Schwerpunkte unserer Arbeit. Der anhaltende Bau neuer großer Tierhaltungsanlagen löst an vielen Orten Sorge, Empörung und kritische Debatten aus und gelegentlich müssen gar Gerichte entscheiden. Gemeinsam mit unseren Gruppen vor Ort mischten wir uns engagiert und streitbar in politische und öffentliche Diskussionen ein und drängten auf eine Neuausrichtung der NRW-Agrarpolitik. Dabei standen wir auch vielfach den Medien Rede und Antwort.

### Artgerechte Tierhaltung statt Turbomast

Der Trend zu immer größeren Tierbeständen in der Fleisch- und Eierproduktion mit immer neuen Ställen und der Erweiterung vorhandener Mastanlagen ging auch im Jahr 2012 ungebremst weiter. Selbst etliche Kommunen erheben inzwischen offen Widerspruch ge-

gen neue Intensivtierhaltungen - und sehen sich angesichts der noch immer bestehenden genehmigungsrechtlichen Privilegierung derartiger Anlagen kaum in der Lage, diese abzuwenden. Vielerorts mischten sich BUND-Gruppen mit Stellungnahmen, Unterschriftensammlungen und Veranstaltungen in die laufenden Planungen ein und wurden hierbei vom Landesverband nach Kräften unterstützt.

Im Kreis Euskirchen luden die dortige Kreisgruppe und der BUND-Landesverband in guter Zusammenarbeit mit der örtlichen Bürgerinitiative zu mehreren Veranstaltungen gegen geplante Putenmastanlagen ein und setzten mit einer gemeinsamen Plakataktion sichtbare Zeichen des Protests. Ein ‚Highlight‘: Mehr als 300 Menschen aus den kleinen Orten Antweiler und Wachendorf folgten im Frühjahr 2012 unserem Aufruf und demonstrierten bei strömenden Regen mit Trillerpfeifen, Rasseln und bunten Plakaten gegen die geplante Putenfabrik. Der Einsatz hat sich gelohnt: Dort, wo schon längst ein Stall für knapp 27.000 Mastputen stehen sollten, wächst noch immer Getreide und wurde das Baurecht geändert.



Foto: BUND-Archiv



In Fröndenberg (Kreis Unna) leistete die BUND-Ortsgruppe hartnäckigen Widerstand gegen die Erweiterung eines Legehennenstalls auf 60.000 Tiere. Nachdem sie zuvor eine umfangreiche Expertise erstellt und gemeinsam mit den MitstreiterInnen in einer BI dem Bürgermeister einen Bürgerantrag übergab, reichte sie schließlich Klage ein. Die Anlage selbst war leider nicht zu verhindern, wohl aber erkämpfte der BUND auf Augenhöhe mit Behörden und Rechtsanwälten technische Verbesserungen und geringere Emissionen. Auch in vielen anderen Orten im Land bieten BUND-Aktive derartigen Vorhaben seit Jahren die Stirn.

Mit einer fundierten Stellungnahme zum Erlass des NRW-Umweltministeriums zur Abluftreinigung von Tierhaltungsanlagen bezog der BUND gemeinsam mit den anderen anerkannten Naturschutzverbänden Position, drängte auf Nachbesserungen und legte konkrete Vorschläge für einen verbesserten Schutz für Mensch und Natur vor den Stallemissionen vor. Bauernverband und Mästerlobby laufen gegen fast jegliche Verbesserungen Sturm, dennoch: Erstmals wird in NRW nun verbindlich die Problematik resistenter Keime in der Stallabluft in den Blick genommen – eine langjährige Forderung des BUND findet endlich Gehör.

Doch letztlich bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der Tierhaltung. Mehr als 90 Prozent aller Masthähnchen und -puten wird in ihrem kurzen Leben Antibiotika verabreicht. Stichproben des BUND-Bundesverbandes und Studien diverser Institute weisen gesundheitsgefährdende antibiotikaresistente Keime am Fleisch sowie auch in der Umgebung außerhalb von Ställen nach. Die Ergebnisse sind eine Bankrotterklärung für eine Intensivmast, die ohne massiven Medikamenteneinsatz nicht funktioniert. Der Handlungsbedarf ist gravierend – beim Tierschutzrecht und den Halteverordnungen ebenso wie im Bau-, Immissionsschutz- und Düngemittelrecht.

## Für eine bäuerliche Landwirtschaft

Auch außerhalb des Parlaments hat die Debatte über die Zukunft der heimischen Landwirtschaft erfreulich an Fahrt gewonnen. Immer mehr VerbraucherInnen fragen sich angesichts stets neuer Fleisch- und Eierskandale und internationaler, anonymer und hoch intransparenter Handelsgeflechte, woher ihre Nahrungsmittel stammen und warum Kontrollen so oft versagen. Unter dem Motto ‚Wir haben es satt‘ demonstrierten bereits in den Jahren 2011 und 2012 jeweils mehr als 20.000 BäuerInnen, Umwelt- und TierschützerInnen, ImkerInnen und VerbraucherInnen gemeinsam in Berlin für eine neue Agrarpolitik – auch viele BUNDlerinnen und BUNDler aus NRW beteiligten sich hieran, und gleich mehrere BUND-Gruppen organisierten Busse für die Anreise. Der große Erfolg, zusammen so viele Menschen auf die Straße zu bringen, motivierte und Anfang 2013 gab es – bei eisiger Kälte – eine Neuauflage der Demonstration.

Dem Bauernverband und der Agrarindustrie ist diese Entwicklung ein Ärgernis. Sie rufen Landwirte offen dazu auf, nicht mit uns gemeinsam zu protestieren, und versuchen mit Imagekampagnen und -aktionen wie z.B. den ‚Erlaubnisbauernhof‘ 2012 in Köln den Menschen mit kuscheligen Tieren ein positives Bild der Tier- und Pflanzenproduktion vorzugaukeln. Der BUND und andere machten öffentlich, wer hinter der maßgeblich veranstaltenden ‚Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft‘ (FNL) steht: Mit BASF, Bayer CropScience, Monsanto und Syngenta die internationalen Größen der Gentechnikindustrie und zugleich Hauptproduzenten von Pestiziden, die Zentralverbände der Deutschen Schweineproduktion und Geflügelwirtschaft und gar der Verband der Chemischen Industrie.



Mittlerweile schon Tradition: Jeweils im Januar 2011, 2012 und 2013 demonstrierten Zehntausende in Berlin für eine umwelt- und tiergerechte Agrarpolitik. Immer mit dabei: Die BUNDjugend.

Foto: D. Jansen

## Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

Wie in den Vorjahren waren die Äcker in NRW auch 2012 gentechnikfrei – ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und des vielfältigen genkritischen Widerstands in Deutschland. Für das Jahr 2013 ist hier ebenfalls kein Gentechnik-Anbau zu erwarten. Doch die Ruhe trügt und es steht die Zulassung neuer Gentechnik-Pflanzen für den Anbau in der EU vor der Tür. Auch in den Futtertrögen vieler Mastställe landen weiterhin Tag für Tag riesige Mengen Futter z.B. aus genmanipulierten Sojapflanzen aus Übersee. Sie werden dort unter Inkaufnahme massiver Umwelt- und Gesundheitsschäden produziert. Umweltzerstörung wird so von NRW aus in andere Erdteile ‚exportiert‘. Es gilt deshalb weiterhin engagiert für das Label ‚ohne Gentechnik‘ zu werben und GVO-Futtermittel zurückzudrängen.



Foto: D. Jansen

## Biogas mit Augenmaß

Nordrhein-Westfalen braucht eine konsequente Energiewende in allen Bereichen des öffentlichen, privaten und wirtschaftlichen Lebens, in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Mit einem Pro-Kopf-Ausstoß von etwa 17,5 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Wind- und Solarenergie alleine werden nicht ausreichen, ebenso wenig sind alle Standorte hierfür gleichermaßen verträglich oder geeignet. Die Erzeugung von Biogas ist daher ein wichtiger Baustein im Mix der erneuerbaren Energien, muss jedoch zugleich klaren energiewirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Kriterien folgen. Vorrang hat für den BUND die Nutzung schadstofffreier organischer Abfälle wie z.B. Pflanzenabfälle aus Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung, Schnittgut aus der Landschaftspflege oder Laub in kleineren, dezentralen An-

lagen mit Kraft-Wärme-Koppelung.

Bei einem gezielten Anbau von ‚Energiepflanzen‘ sind sehr genau die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu beachten. Auch gilt es eine bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten, in der Bauern nicht in die Rolle des billigen Rohstofflieferanten gedrängt werden, sondern die Wertschöpfung auf dem Lande verbleibt. Fehlentwicklungen in einigen Regionen NRW, so beim Maisanteil oder den Pachtpreisen, sind eine deutliche Mahnung. Sie erfolgen insbesondere dort, wo neben einem an sich schon viel zu intensiven Maisanbau infolge von Massentierhaltung auch der Neubau von Biogasanlagen mit großen Kapazitäten boomt, z.B. im nördlichen Münsterland.

Die Herausforderung, die regenerativen Energien in Nordrhein-Westfalen voranzubringen, die ungebremste Ausweitung des Maisanbaus zu stoppen und den Fokus hin zu blütenreichen Pflanzen und Mischkulturen mit vielgliedrigen Fruchtfolgen ohne den Einsatz von Spritzmitteln zu richten, bleibt damit ganz oben auf der Agenda. Der BUND beantwortete auch 2012 zahlreiche Anfragen zu diesen Themenkomplex und beteiligte sich mit Referenten an diversen Veranstaltungen hierzu.

## Es bleibt viel zu tun

Zu den genannten Themen kamen weitere wie z.B. Gülletransporte, die anhaltend überhöhten Nitratwerte im Grundwasser, verunreinigte Futtermittel, Falschdeklarationen von Lebensmitteln und etliche Verbraucherschutzthemen hinzu. Ferner brachte sich der BUND mit seinen Positionen in den „Dialog Landwirtschaft und Umwelt“ des NRW-Umweltministeriums ein. Weiterhin beteiligten wir uns finanziell an vorbildlichen Agrarprojekten wie dem „Märkischen Landmarkt“ und der „Upländer Bauernmolkerei“.

Unser Dank gilt einmal mehr all denjenigen, die sich an den vielfältigen Aktivitäten beteiligt und unsere Arbeit unterstützt haben! Auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit Politik und Agrarindustrie sind wir gut vorbereitet und wissen hierbei den Großteil der VerbraucherInnen hinter uns. Machen auch Sie mit!

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/landwirtschaft\\_gentechnik](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik)





## Obstwiesenschutz im BUND

Von der niederländischen Grenze bis hin nach Ostwestfalen engagieren sich fast 20 BUND-Gruppen in NRW im Streuobstwiesenschutz. Sie legen neue Obstwiesen an und pflanzen in alten Beständen junge Bäume nach; sie schneiden die Gehölze fachgerecht und ‚erziehen‘ sie beim Kronenaufbau; sie schützen die Bäume vor Verbiss, halten Baumscheiben offen, mähen die Wiesen oder lassen sie mit Schafen beweiden. Es gibt immer etwas zu tun! Die BUND-Gruppen kartieren Obstwiesen und erarbeiten Vorschläge, um die Flächen langfristig zu erhalten, bieten Schnittkurse und Führungen an.

Herausragend sind die vielen Saftprojekte: Die BUND-Aktiven sammeln Jahr für Jahr tonnenweise Streuobstpfel und richten zur Erntezeit Sammelstellen ein; dabei belohnen sie die Obstwiesenbesitzer mit einem höheren Preis als allgemein üblich und lassen deren Früchte zu naturtrübem Saft vermosten.

Die Arbeit macht Freude und zeigt Erfolge! Zahlreiche Obstwiesen konnten erhalten werden – und damit wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Insbesondere Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Das Bewusstsein für die vielen altbewährten regionalen Obstsorten wird gestärkt.

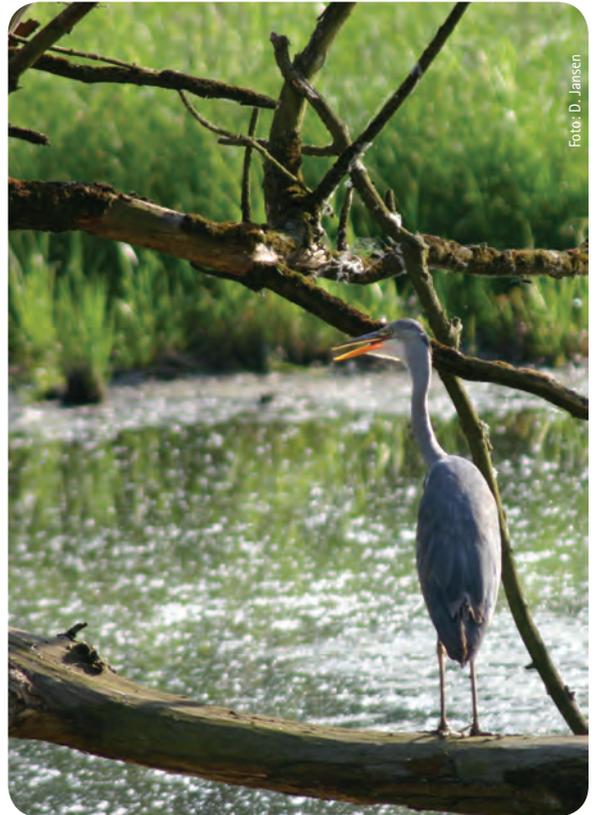
Sie möchten selber Obstbäume pflanzen?

Hinweise auf geeignete Sorten und Baumschulen in Ihrer Region sowie eine Übersicht über die BUND-Streuobstprojekte in NRW finden Sie unter [http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/landwirtschaft\\_gentechnik/obstwiesenschutz\\_streuobstvermarktung](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/obstwiesenschutz_streuobstvermarktung)

# Wasser schützen

Nach der Sandoz-Katastrophe vor 25 Jahren haben nicht zuletzt die Proteste der Umweltbewegung dazu geführt, dass Gesetze und Vorschriften im Gewässerschutz verschärft und damit eine Verbesserung der Güte unsere Gewässer erreicht wurde. In den letzten Jahren ist es jedoch in Deutschland zu einer personellen Ausdünnung bei den Überwachungsbehörden gekommen. Wettbewerbs- und Rationalisierungsdruck haben dazu geführt, dass das Risiko für ein „Sandoz II“ wieder angestiegen ist. So gab es in den letzten Jahren an Rhein und Ruhr eine Reihe von Störfällen, bei denen zum Teil nur in letzter Sekunde ein Desaster verhindert werden konnte. Auch der Schutz des Trinkwassers verdient mehr Beachtung. PFT und andere Problemchemikalien, Gülle und der Raubbau an unserem Grundwasser gefährden unser Lebensmittel Nummer 1. Der BUND setzt sich daher auf allen Ebenen für mehr Gewässerschutz ein – mit Erfolg.

Alle Infos:  
[www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/wasser](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser)

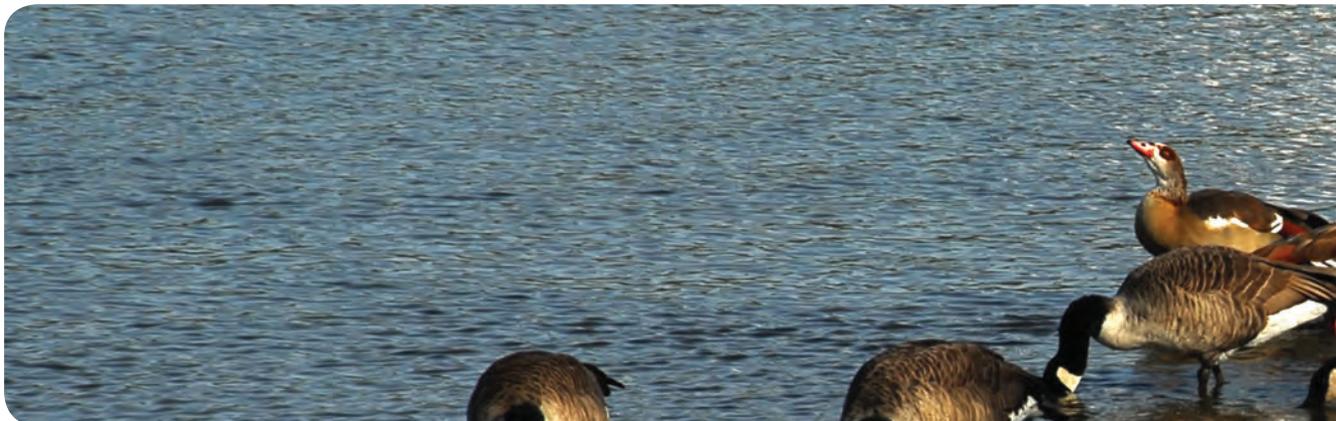


## Aktiv für den Gewässerschutz

Der BUND ist auf mehreren Ebenen für den Schutz unserer Gewässer im Einsatz. Vor Ort beteiligen sich die Aktiven an Runden Tischen bei der Erarbeitung von Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Hierbei steht die Verbesserung der biologischen Qualität von Flüssen und Bächen als Lebensräume im Vordergrund. Das zahlreiche, früher massenhaft vorkommende Fischarten auf Roten Listen vertreten oder bereits ausgestorben sind, ist vor allem dem Gewässerausbau in Form von Begradigungen, Querbauwerken und Wasserkraftnutzung mittels Turbinen geschuldet, so dass die Wiederherstellung naturnaher Ufer- und Auenstrukturen und der Durchgängigkeit unserer Bach- und Flussläufe Vorrang hat.

Vertreter des BUND arbeiten intensiv bei den Wasserverbänden mit und machen sich so für den Naturschutz bei Planungen an Agger, Emscher, Ruhr und anderen Flüssen im Land stark. Weiter ist der BUND in der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) vertreten und wirkt hier bei der Erarbeitung internationaler Strategien zur Verbesserung der Situation am Rhein mit. 2012 tagte das Plenum der IKSR in Straßburg, wo der BUND mit anderen NGO Vertretern u.a. erreichte, dass anspruchsvolle Ziele beim Hochwasserschutz und der Auenrenaturierung nicht abgeschwächt wurden. Dies ist wichtig in Vorbereitung auf eine Rheinministerkonferenz, die 2013 in Basel stattfinden wird.

Neben politischer Lobbyarbeit in den zuständigen Ministerien, Stellungnahmen zu Gesetzesvorgaben und



Teilnahme an Anhörungen auf Landes- und Bundesebene sind BUND-Vertreter bei vielen Fachveranstaltungen präsent, sei es als Referenten oder streitbare Diskussionsgäste auf Podien. Hier erfolgt die Meinungsbildung und der Austausch der Argumente, aber auch die Definition der Leitlinien für die Wasserpolitik. Dabei zeigt der BUND klare Kante und ist als kritischer Partner und Mahner respektiert und anerkannt.

## Gefährdetes Trinkwasser

Jahrelang beschäftigte sich die NRW-Justiz mit der Aufarbeitung des PFT-Skandals im Sauerland. Die Ermittlungen im Zuge der Aufdeckung der Giftmüllverklappung auf landwirtschaftlichen Flächen im Einzugsgebiet der Ruhr waren nicht zuletzt wegen einer Strafanzeige des BUND in Gang gekommen.



Das danach initiierte systematische Monitoring deckte dann das wahre Ausmaß der Belastung unserer Gewässer mit den giftigen perfluorierten Kohlenwasserstoffverbindungen (PFC) auf. So hat alleine ein einziger großer Chemiebetrieb am Rhein in Leverkusen (Bayer) Jahr für Jahr mindestens sechs Tonnen dieser hochgiftigen Industriechemikalie in den Rhein abgelassen. Die gerechtfertigte Aufregung über den Eintrag von insgesamt circa 0,15 Tonnen dieser Stoffe im Jahr in die Ruhr - verursacht durch Giftmüllauftrag und Abwassereintrag - wird dadurch noch in den Schatten gestellt. Nur dass dieser „stille Skandal“ von den meisten unbemerkt blieb.

Mittlerweile konnte die Belastung durch die Bayer-Werke auf circa eine Tonne im Jahr reduziert werden, die an der Ruhr sank auf ca. 50 kg im Jahr. Zeitgleich wurden aber mehrere erschreckende Fälle von weiträumigen Grundwasserbelastungen durch PFC-haltige Feuerlöschmittel bekannt. So haben Brandkatastrophen

und mangelnde Absicherung der Feuerlöschübungsplätze der Shell Raffinerie sowie der Kunststoffabrik Basell im Kölner Süden das dortige Grundwasser extrem verseucht. Festgestellt wurde dies erst, nachdem man diese Stoffe im Kölner Trinkwasser nachgewiesen hatte! Jetzt muss mit Millionenaufwand saniert werden. Sogar Kiesgruben und Angelgewässer sind betroffen und bei Anglern, die diese Fische verzehrten, wurden überhöhte PFC-Werte im Blut nachgewiesen. Weitere erhebliche Belastungsherde wurden zwischenzeitlich in der Umgebung des Köln/Bonner sowie des Düsseldorfer Flughafens entdeckt. Es ist deshalb von einer hohen Dunkelziffer und weiteren unliebsamen Überraschungen in NRW und ganz Deutschland auszugehen. Der BUND wird deshalb auch weiter für ein Verbot der Produktion dieser Giftstoffe kämpfen.

## Mikroverunreinigungen mit maximaler Wirkung

Tausende verschiedene Industriechemikalien und ihre Abbauprodukte, aber auch Medikamente sowie Korrosionsverhinderer aus Maschinengeschirrspülmitteln belasten noch immer Rhein und Ruhr. Obwohl diese Substanzen nur in Konzentrationen von Millionstel Gramm pro Liter vorkommen, entfalten sie als „Pseudohormone“ hormonähnliche oder andere schädliche Wirkungen in Gewässerorganismen. Zudem erschweren diese „Mikroverunreinigungen“ von Basel bis nach Rotterdam und von Meschede bis Duisburg die Trinkwasseraufbereitung aus uferfiltriertem Flusswasser. Obwohl die Konzentrationen sich überwiegend in niedrigem Bereich bewegen, muss aus Vorsorgegründen endlich gehandelt werden. Es gilt, dass zuerst an der Quelle anzusetzen ist, d.h. die Verwendung und Freisetzung dieser Chemikalien zurückzudrängen. Da dies nicht unmittelbar wirksam wird, muss bei allen Wasserwerken - auch an der Ruhr - bei der Trinkwasseraufbereitung eine Aktivkohle-Festbettstufe installiert werden. Für dieses beste Mittel zur Entfernung von Problemchemikalien setzt sich der BUND in Politik und Wasserverbänden ein.



Foto: H. D. Volz/pixelio.de

## Problemfeld Gülle

Mindestens ein Drittel des Grundwassers in Nordrhein-Westfalen ist mit Nitrat belastet und überschreitet die hierfür vorgegebenen Grenzwerte. Hauptverursacher ist die industrialisierte Landwirtschaft, bei deren Massentierhaltung riesige Güllemengen anfallen, die anschließend auf Äcker und Weiden aufgebracht werden. Es besteht ein erhebliches Missverhältnis zwischen Tieranzahl und verfügbarer Fläche. Neben Nitrat werden über die Gülle noch Reste von Tiermedikamenten, insbesondere Antibiotika, in die Umwelt gebracht.

Der BUND steht dem gegenüber für eine Weidehaltung von Tieren, für eine Einstreu in die Ställe, Festmistwirtschaft und eine verbindliche Flächenbindung.

Ebenso problematisch für das Grundwasser ist der intensive Einsatz von Mineraldüngern. Der mit hohem Energieaufwand hergestellte Mineraldünger belastet den Boden konzentriert mit Stickstoff und Phosphaten, die wiederum vielfach in Grund- und Oberflächenwasser landen. Hinzu kommt die Belastung mit dem hochgiftigen Schwermetall Uran, Begleitstoff aller Phosphatminerale und giftige Zeitbombe für alle Böden.

Der BUND-Einsatz für eine ökologische Agrarwirtschaft ist somit auch angewandter Boden- und Gewässerschutz.



Foto: D. Jansen

## Lachs-Heimkehr mit Hindernissen

Nach der Sandoz-Katastrophe im Rhein wurde als Wedergutmachung das Programm ‚Lachs 2000‘, später ‚Lachs 2020‘, beschlossen. Trotz unbestrittener Erfolge ist die Rückkehr des Lachses noch lange nicht selbsttragend und muss durch erhebliche Besatzmaßnahmen gestützt werden. Neben dem erschwerten Zugang durch die niederländischen Absperrwerke ist besonders der Zugang zu den ehemaligen Laichzonen in den Nebengewässern erschwert durch Querbauwerke und Wasserkraftanlagen. Hinzu kommt die erhebliche Beeinträchtigung der Laichgewässer durch Feinsedimente und diffuse Belastungen, die vor allem aus der Landwirtschaft stammen und zum Beispiel das potenzielle Lachsgewässer Bröl schädigen.



Weiter den Rhein hinauf sorgen Staustufen und Uralt-Wasserkraftwerke noch immer für zum Teil tödliche Hindernisse. Vom „guten ökologischen Zustand“, wie ihn die EG-Wasserrahmenrichtlinie seit 2000 fordert, sind der Rhein sowie alle anderen Flüsse in NRW noch weit entfernt.

Ökologisch optimierte Fließgewässer sind unersetzliche Lebensadern der Natur. Diese zu optimieren und zu schützen bleibt eine Daueraufgabe, der sich der BUND auch in Zukunft stellen wird.

## Ökologischer Hochwasserschutz

Ein Umdenken beim Hochwasserschutz am Rhein ist überfällig. Das ist das Ergebnis einer von den BUND-Landesverbänden und der französischen Umweltorganisation Alsace Nature im März 2012 vorgelegten Studie zur verfehlten Hochwasserschutzpolitik entlang des größten deutschen Stroms.

Politik und Verwaltung haben sich in den letzten 20 Jahren auf rein technische Lösungen konzentriert. Hochwasserschutz ist aber viel besser mit natürlich gestalteten Auen möglich, zumal mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ökologische Verbesserungen zur Pflicht werden. Ökologische Maßnahmen gehören zwar seit circa 20 Jahren auch zum Hochwasserschutzkonzept in NRW. So haben an einigen Stellen Deichrückverlegungen stattgefunden, die zumindest eine gelegentliche Überflutung der früheren Rheinaue ermöglichen. Der BUND begrüßt diese Erfolge, doch die weitere Fortsetzung ist aufgrund lokaler Widerstände zu schleppend.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/wasser](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser)



## Wassernetz geht weiter

Auch 2012 gab es reichlich für das Wassernetz und seine Helferinnen und Helfer zu tun. Mit Beginn des Jahres gingen die Umsetzungsfahrpläne in die Schlusphase. Viele Kooperationen waren bereit, ihre Ergebnisse offen zu dokumentieren und auch Anregungen und Änderungen in den Prozess aufzunehmen. So konnten wir den Planungsprozess und seine Ergebnisse gut im Wassernetz-Wiki (<http://www.wassernetz-nrw.de/wiki>) dokumentieren.

Mittlerweile sind fast alle Pläne auch von den zuständigen Gremien verabschiedet, so dass einer Umsetzung am Bach kaum noch etwas entgegen steht. „Kaum noch“ – trotzdem stockt die Realisierung bislang. Viele Maßnahmenträger sehen sich nicht in der Lage die Eigenanteile aufzubringen – und stellen die Pflichtigkeit der WRRL-Umsetzung in Frage. Große Diskussionen gibt es auch über den (angeblichen) Flächenbedarf der Maßnahmen und wenn alle Stricke reißen, werden die langen Verfahrensdauern und die Forderungen der Naturschutzverbände als Hemmschuhe zitiert. Es ist also auch weiterhin notwendig, den Beteiligten immer wieder auf die Finger zu schauen und Gewässerverbesserungen einzufordern.

Als Hilfestellung und um die zahlreichen Möglichkeiten darzustellen gab es dazu ein umfangreiches Veranstaltungsangebot des Wassernetz. Bereits im Januar trafen sich zahlreiche NaturschützerInnen zum mittlerweile traditionellen Auftaktreffen unter dem Motto „Was steht an im Gewässerschutz?“. Praktische Erfahrungen vermittelten Seminare zur Gewässerunterhaltung, zur Definition des guten Zustands und Exkursionen, zum Beispiel an den Midlicher Mühlenbach. Und unter dem Titel „Ende der Flut?“ gab es eine intensive Diskussion mit der Landwirtschaft über Wege aus der Überdüngung ganzer Landstriche mit erheblichen Folgen für das Grundwasser.

Leider war 2012 aber auch wieder einmal das letzte Jahr eines erfolgreichen Wassernetz-Projekts. Die aktuelle Projektphase endete im November und diesmal ging mit Dr. Christoph Aschemeier auch der langjährige Vertreter von Bord. Er hat eine neue Tätigkeit übernommen, bleibt aber der Wasserrahmenrichtlinie und dem Gewässerschutz weiterhin treu. Doch es gibt auch eine gute Nachricht: Es ist gelungen, das Wassernetz-Projekt auch weiterhin fortzusetzen. Bis 2015 kann damit die Aufstellung des zweiten Bewirtschaftungsplans begleit-

et werden und die Naturschutzverbände sind weiterhin mit voller Kraft dabei.

Mehr Infos: [www.wassernetz-nrw.de](http://www.wassernetz-nrw.de)

## Parlamentarische Wasserspiele

Zwei Gesetzesvorhaben sorgten auch in 2012 wieder für Turbulenzen: Die als „Kanal-TÜV“ titulierte Dichtheitsprüfung von Kanälen und das „Wasserentnahmeentgelt“, eine Abgabe für genutztes Wasser.

Der Kanal-TÜV wurde ursprünglich von Schwarz-Gelb in das Gesetz eingeführt, um die Gefahren für das Grundwasser durch aussickernde Schadstoffe zu minimieren. Ein Anliegen, dass vom BUND massiv unterstützt wurde. Aufgeschreckt durch Bürgerproteste vor



Foto: A. Baumgärtner

Ort machten dann aber alle Parteien einen Rückzieher, allen voran CDU und FDP. Jetzt kommt ein vom BUND kritisiertes „Kanal-TÜV light“.

Auch die Abgabe für die Wassernutzung von (noch) bis zu 4,5 Cent z.B. für Bergbau und Industrie sorgt weiter für Diskussionen. Während der BUND für eine Erhöhung des Entgelts insbesondere für die Braunkohlewirtschaft und die Streichung von Ausnahmen kämpft, geißelt die Opposition die Regelung als überzogen. Optimal ist die bestehende Gesetzesfassung nicht. Mit den Gewerkschaften und Vertretern der Kies- und Kalkindustrie ist der BUND daher in einen intensiven Austausch getreten. Ziel ist es, Regelungen zu finden, die ressourcen- und gewässerschonend arbeitende Betriebe unterstützen.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/wasser](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser)

# Natürliche Lebensgrundlagen erhalten



Die Abfall- und Chemiewirtschaft oder der Immissionsschutz sind nicht gerade Themenfelder, die unmittelbar Spaß verheißen. Dennoch sind sie für den Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen und den vorsorgenden Gesundheitsschutz von entscheidender Bedeutung. Grund genug für den BUND, sich dem technischen Umweltschutz seit vielen Jahren intensiv zu widmen. Gängiger Vorwurf dabei: Der BUND sei industriefern. Dieses landläufige Vorurteil stammt offenbar noch aus der Mottenkiste der Chemie- und Industrieverbände. Richtig ist, dass wir uns für eine grundlegende Ökologisierung der Wirtschaft einsetzen. Das schließt mitunter auch ein, allgemeinwohlschädliche Projekte im Rahmen der gesetzlichen Mitwirkungsrechte zu verhindern. Doch wir pflegen auch den intensiven Dialog, zum Beispiel mit der Bayer AG oder dem Chemieparkbetreiber Currenta. In vielen Gesprächen werben wir für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen.

## Fatales Jahr für Chemieindustrie

2012 war für die chemische Industrie in NRW ein Pannenjahr. Neben den verheerenden Explosionen und Großbränden bei den Chemiewerken in Marl und der Düngemittelfabrik Compo in Krefeld war auch der Ölriese Shell mit seinen zwei Raffinerien südlich von Köln mit zahlreichen Pannen – beschönigend „Produktaus-tritte“ genannt – ganz vorne mit dabei. Besonders brisant hierbei ein Leck in einer Kerosinleitung, verlegt im

Jahre 1942, zu Zeiten als die Raffinerie noch „Hermann Göring Werke“ hießen und in der Folge heftig bombardiert wurden. Die 10 cm dicke und 800 m lange Leitung aus gewöhnlichem Baustahl zum Benzintransport in ein nahegelegenes Tanklager war dann 70 Jahre später „überraschenderweise“ korrodiert, mindestens eine Million Liter Flugbenzin (Kerosin) verseuchten in der Folge Boden und Grundwasser. Bemerkte wurde dies erst mit vier Wochen Zeitverzögerung an Hand erheblicher Mengendefizite im Kerosintank. Die bestehenden Messsysteme schlugen erst bei einem Verlust von 5.000 Liter pro Stunde an, hier waren es aber „nur“ 1.700 Liter.

Der BUND hat unmittelbar und mehrfach intensiv nachgehakt und im Ergebnis erhebliche Defizite bei den rechtlichen Vorgaben festgestellt: Während neue Leitungen mindestens doppelwandig und mit höchsten Sicherheitsauflagen verlegt werden müssen, genießen alte Anlagen und alte Leitungen Bestandsschutz. Diese gelten als sicher, wenn im Abstand von zwei Jahren externe Dichtheitsprüfungen und bestimmte Anforderungen, wie Isolierung und Korrosionsschutz erfüllt werden. Der Einbau einer kontinuierlich arbeitenden, ausreichend empfindlichen Leckage-Überprüfung, die nach dem Stand der Technik möglich wäre und für neue Anlagen Pflicht ist, wurde von der Behörde als „unverhältnismäßig“ angesehen und daher nicht verlangt. Mit fatalen Folgen.

Angesichts des Zustandes zahlreicher alter Chemieanlagen im Lande, die ebenfalls Bestandsschutz genießen, hat der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Anpassung von Altanlagen an den Stand der Technik, verschärfte Regelungen zur Überwachung von Rohrleitungssystemen und bessere Abstimmung der Regelwerke einzusetzen. Dies haben die zuständigen



Ortstermin in der Wesseling Shell Raffinerie. Der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges (l.) in Diskussion mit Shell-Vertretern.

Foto: D. Jansen

Staatssekretäre unmittelbar zugesagt und mittlerweile auf den Weg gebracht.

Über das ganze Jahr hinweg saß der BUND der Landes- und Bezirksregierung sowie der Firma Shell „im Nacken“: Direkt nach Eingang der BUND-Anfrage wurden mehrere Ordnungsverfügungen gegen Shell zur Grundwassersanierung, zur Einrichtung von Messstellen sowie zur Ausweitung des Untersuchungsprogrammes verfügt. Dem BUND wurde Einsicht in sämtliche Gutachten gewährt.

Wie vom BUND befürchtet, wurden gefährliche chemische Stoffe im Grundwasser festgestellt, die wohl überwiegend aus den Additiven des Kerosins stammen.

Mehrfach war der BUND-Landesvorsitzende persönlich vor Ort, führte Gespräche mit der Raffinerieleitung, informierte Medien, Politik und Bevölkerung und war gefragter Partner bei mehreren Fernsehberichterstattungen zum Thema. Shell hat mittlerweile zugesagt, den BUND künftig frühzeitig und umfassend über den Fortgang der Sanierung und aktuelle Ergebnisse zu informieren.

## Großbrand in Krefeld

Im Fall des verheerenden Großbrandes im Krefelder Düngemittelwerk der Firma Compo hat der BUND im September 2012 Strafanzeige erstattet. Am 25. September stand eine Halle des Unternehmens in Rheinhafen tagelang in Flammen und wurde völlig zerstört. Dort waren 33.000 Tonnen Rohstoffe und mineralischer Dünger gelagert. Eine dunkle Rauchwolke war kilometerweit bis nach Dinslaken gezogen und hatte die Bewohner stark beunruhigt. Wegen der lange Zeit unklaren Informationslage befürchtete die BUND-Chemieexpertin Angelika Horster, dass die Tatbestände der Luftverunreinigung, der schweren Gefährdung durch das Freisetzen von Giften sowie der Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete erfüllt sein könnten.

Der Großbrand und dessen Management warf viele Fragen auf. Die brennbaren Stoffe wurden anscheinend in einer circa 100 Jahre alten, holzüberdachten Halle gelagert. Zweifel, ob diese inklusive der vorhandenen Technik und Ausstattung für die Lagerung brennbarer Stoffe überhaupt noch geeignet bzw. zugelassen war, galt es auszuräumen. Darüber hinaus war unklar, ob die Lagerung der Stoffe ordnungsgemäß erfolgte. Den BUND interessieren auch die Fragen, ob tatsächlich nur die zugelassenen Stoffe gelagert und die genehmigten Stoffmengengrenzen eingehalten wurden.

Da der Betrieb der Störfall-Verordnung mit erweiterten Betreiberpflichten unterliegt, müsste auch geprüft werden, ob das erforderliche Sicherheitsmanagement und die vorgeschriebenen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne in der Vergangenheit gesetzeskonform umgesetzt worden seien. Offenbar war die Öffentlichkeit entgegen der Vorschriften nicht darüber informiert

worden, welche Stoffe gelagert bzw. gehandhabt wurden und wie sich die Betroffenen im Alarmfall zu verhalten hätten.

Auch wenn die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellte, weil strafrechtlich relevante Handlungen nach deren Einschätzung nicht vorlagen, bleiben noch immer offene Fragen. Im Dialog mit dem Umweltministerium und der Bezirksregierung werden diese aufgearbeitet. Ein Sanierungskonzept wurde erarbeitet. Ziel muss es sein, aus solchen Ereignissen die richtigen Lehren zu ziehen. Es muss Vorsorge getroffen werden, dass der Störfall möglichst nicht zum Normalfall wird.



## Skandaldeponie Eyler Berg

Die Giftmüll-Deponie Eyler Berg bei Kamp-Lintfort sorgt seit Jahren für Skandale. Dort lagern hochgiftige Industriebfälle: Quecksilber, Blei, Arsen, Dioxine, Cyanide. Im Umfeld der Deponie klagen Anwohner über auffällig viele Krebsfälle; Blei im Boden und Arsen im Grundwasser werden dafür verantwortlich gemacht.

Seit mehr als drei Jahren begleitet der BUND-Arbeitskreis Technischer Umweltschutz unter der Leitung von Claudia Baitinger die Auseinandersetzung um die Skandal-Deponie. In 2012 wurde bekannt, dass die Deponie weit über die genehmigten Höhen hinaus verfüllt wurde. Der BUND erstattete umgehend Strafanzeige wegen des Verdachts des unerlaubten Umgangs mit gefährlichen Abfällen und des unerlaubten Betriebes einer Abfallentsorgungsanlage. Nach den geltenden Gesetzen hätte ein derart gravierendes Abweichen von der Ursprungsgenehmigung mit einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung einhergehen müssen. Die betroffenen BürgerInnen und Städte hätten im Genehmigungsverfahren beteiligt werden müssen. Klagen gegen die weitere Aufschüttung wären so möglich geworden.

Ob die nach Auffassung des BUND illegale Verfüllung mit oder ohne Duldung der Aufsichtsbehörde erfolgte und weiterhin erfolgt, muss nun die Staatsanwaltschaft klären.



Seit 2004 kämpft der BUND in Düsseldorf und anderswo für saubere Luft. Langsam stellen sich Erfolge ein.

Fotos: D. Jansen

## Für saubere Luft

Spätestens seit 1999 konnten sich Kommunen und Bezirksregierungen darauf einstellen, dass ab 2005 strenge Grenzwerte für Feinstaub (PM10) einzuhalten waren. Doch bis heute läuft die Umsetzung der EU-Vorgaben schleppend. Trotz unbestreitbar großer Fortschritte bei der Bekämpfung der Feinstaub-Immissionen waren 2012 noch immer Grenzwertüberschreitungen bei Tagesmittelwerten ( $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$  bei 35 zulässigen Überschreitungen pro Jahr) an sechs Messstellen (im Vorjahr: 21 Messstellen) gemessen.

Große Sorgen bereiten insbesondere die unvermindert hohen Stickoxid-Belastungen. An 67 der überwiegend an Belastungsschwerpunkten eingerichteten 117 Landesmessstellen treten noch Überschreitungen des Grenzwerts (Jahresmittelwert über  $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ ) auf. Es handelt sich dabei ausnahmslos um verkehrlich belastete Standorte. Die Europäische Kommission hat für viele Gebiete einer Fristverlängerung zur Einhaltung des  $\text{NO}_2$ -Grenzwerts nicht zugestimmt.

Der BUND ist in etlichen Projektgruppen zur Aufstellung von Luftreinhalteplänen sachkundig vertreten. Mit Erfolg. Der beharrliche Einsatz hat zum Beispiel zu einer erheblichen Erweiterung der Düsseldorfer Umweltzone geführt. Dabei ist klar: Die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte garantiert noch keinen vorsorgenden Gesundheitsschutz. Denn es gibt keinen Schwellenwert, ab dem Partikel gesundheitsschädlich sein können. Jedes Partikelchen kann schon eines zu viel sein. Wir bleiben deshalb am Ball. Vor allem auch in Duisburg, einem der „Hot Spots“, wo nach wie vor unzulässige Grenzwertüberschreitungen gemessen werden. Hier ist die Industrie der Hauptverursacher der PM10-Immissionen.

Verbesserungen in puncto Stickoxidbelastungen sind allerdings noch nicht in Sicht. Anders als beim Feinstaub ist hierbei der Verkehr die Hauptursache. Ehe neue eu-

ropäische Umweltnormen (Euro 6) allerdings die gewünschte Wirkung entfalten können, dürften noch Jahre vergehen. Diese Zeit haben wir nicht.

Die Lösung hingegen ist einfach: Weniger motorisierter Verkehr heißt weniger Schadstoffe! Hier sind die Städte gefordert, endlich ihre Auto-Vorrang-Politik zu ändern und umweltfreundliche Mobilitätskonzepte durchzusetzen.

Mehr Infos: [http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/immissionsschutz\\_chemie/luftreinhalteplanung](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie/luftreinhalteplanung)

## Braunkohle und Feinstaub

Etwa 1.800 Tonnen überwiegend lungengängiger Feinstaub-Partikel stoßen die RWE-Braunkohlenkraftwerke und -fabriken im Rheinischen Revier jährlich aus. Das entspricht etwa 7 Prozent aller PM10-Emissionen in NRW. Auf diesen erheblichen Beitrag, der sich vor allem dann im so genannten „regionalen Hintergrund“ wiederfindet, informiert der BUND schon seit Jahren und fordert Verbesserungen.

Aber auch die Feinstaub-Belastung durch die Braunkohlentagebaue selbst bleibt ein Dauerthema. Hier hat der BUND einen weiteren Erfolg zu verbuchen: Am 31. Dezember 2012 trat der Luftreinhalteplan Hambach in Kraft. Er sieht weitere Maßnahme zur Minderung der Feinstaub-Emissionen an den technischen Einrichtungen des Tagebaus vor. Auch die BUND-Forderung, die Möglichkeit zur temporären Stilllegung des Tagebaus bei bestimmten Wetterlagen in das Maßnahmenpaket aufzunehmen, fand zumindest Aufnahme in den Plan. Die Bezirksregierung Köln und RWE halten dies allerdings nicht für verhältnismäßig.



Foto: D. Jansen

Nach wie vor im Dunkeln bleibt, wie viele Feinstaub-Emissionen der Tagebau in seiner Gesamtheit zu verantworten hat. Hierzu gibt es nach Aussa-

gen der Bergbehörde und der RWE Power AG noch keine geeigneten Rechenmodelle. Sowohl das RWE als auch das Umweltbundesamt haben aber inzwischen entsprechende Studien vorgesehen. Der Tagebau bleibt also nach wie vor in vielen Belangen eine Black Box.

Unsere langjährige Forderung nach Aufstellung eines revierweiten Luftreinhalteplans, der alle Tagebaue und Tagebaueinrichtungen umfasst, steht hingegen kurz vor der Realisierung. Im Frühsommer 2013 soll das entsprechende Verfahren anlaufen.

# Energiewende von unten

**N**ordrhein-Westfalen ist Kohleland: 2012 entfielen 73 Prozent der hiesigen Stromerzeugung auf Braun- und Steinkohle. Die Erneuerbaren Energien kamen hingegen auf einen bescheidenen Anteil von nur 7 Prozent. Mit der Förderung von 101 Millionen Tonnen Braunkohle erreichte im letzten Jahr ausgerechnet der „Klimakiller Nr. 1“ ein neues Hoch. Gegenüber dem Vorjahr stiegen entgegen des langjährigen Trends damit erstmals auch wieder die Kohlendioxidemissionen Deutschlands an. Gleichzeitig hat das Landesparlament ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Die SPD-Fraktion propagiert hingegen weiterhin den Bau neuer Kohlekraftwerke. Klimaschutz paradox!



Die ernüchternde Situation zeigt, dass die gerne postulierte Energiewende nur von unten gelingen kann. Der BUND ist dabei ein wichtiger Akteur. Ob im erfolgreichen Widerstand gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke und die Fortführung der Braunkohlentagebaue oder beim naturschutzverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien: Wir mischen uns konstruktiv ein, zeigen Lösungswege auf, bieten Alternativen.

## BUND stoppt Datteln 4

**A**m 12. Juni 2012 folgte das Oberverwaltungsgericht in Münster der Klage des BUND und kippte die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für das umstrittene E.on-Kohlekraftwerk Datteln 4. Damit ist das Projekt wieder komplett auf null gestellt. Ein Riesenerfolg für den BUND.

Doch die Kraftwerkslobby lässt nicht locker. E.on hat gegen den Gerichtsentscheid weitere Rechtsmittel eingelegt, die Politik will den Regionalplan zugunsten des Kohlemeilers ändern, ein neuer Bebauungsplan ist in Arbeit. Der BUND ist also auch weiter gefordert.

Auf allen Ebenen halten wir dagegen. Dank großartiger juristischer Unterstützung und dem enormen

ehrenamtlichen Engagement vor Ort ist der BUND ein gleichwertiger Gegner des Milliardenkonzerns E.on. Unverzichtbar dabei ist auch der große Rückhalt in der Bevölkerung. Und nicht zuletzt trägt auch das breite Bündnis mit der „klima-allianz“ dazu bei, die Herausforderungen zu stemmen. Fachgutachten müssen auf den Weg gebracht, Behördentermine begleitet, juristische Schriftsätze formuliert werden.

Ob das umstrittene Kraftwerk jemals in Betrieb gehen wird ist heute mehr als ungewiss. Sollte es zu einer neuen Genehmigung kommen, sind weitere Klagen gegen den energiepolitisch ebenso unsinnigen wie ökologisch fatalen Kraftwerksbau vorprogrammiert.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/datteln](http://www.bund-nrw.de/datteln)

*„Nein zu Datteln 4! Recht muss Recht bleiben“: Der BUND und die „klima-allianz“ demonstrieren im März 2012 gemeinsam mit mehr als 600 Menschen an der Kraftwerksbaustelle in Datteln. Mit einer Fackelkette wurde E.on „heimgeleuchtet“.*

Fotos: M. Böhme, BUND





## Klimaschutz per Gesetz

Am 23. Januar 2013 hat das Parlament mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten das Landesklimaschutzgesetz beschlossen. Erstmals in der Bundesrepublik werden damit Minderungsziele für Treibhausgasemissionen gesetzlich festgelegt. Mit der Verabschiedung des Gesetzes wurde eine Forderung des BUND umgesetzt. Gemeinsam mit unseren MitstreiterInnen aus der „klima-allianz“ hatten wir dieses Gesetz 2010 „erfunden“ und eine große Kampagne zu dessen Verabschiedung gestartet. In zahlreichen Landtagsanhörungen und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen hatten wir für diesen „Meilenstein des Klimaschutzes“ geworben. Die Gesamtsumme der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen soll danach bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden.

Dazu erstellt die Landesregierung unter Beteiligung von vielen gesellschaftlichen Gruppen – auch des BUND – einen Klimaschutzplan, der konkrete Maßnahmen für alle Sektoren vorsieht. Mit dessen Aufstellung wurde bereits in einem bundesweit einmaligen Beteiligungsprozess begonnen. Dabei geht es jetzt ums „Eingemachte“: Wieviele Windenergieanlagen oder Pumpspeicher brauchen wir? Dürfen überhaupt noch neue Kohlekraftwerke gebaut werden? Wie sieht es mit Energiesparmaßnahmen aus? Wie können die Industrie oder der Verkehr ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten? Bis Ende 2013 soll der Entwurf des Klimaschutzplanes vorliegen.

## Proteste gegen Klimakiller

Braunkohle killt das Klima – Hannelore Kraft findet's prima!“ Mit diesem auf den Punkt gebrachten Slogan empfing der BUND mit seinen MitstreiterInnen aus den Bürgerinitiativen und der „klima-allianz“ die Ministerpräsidentin am 15. August 2012 in Grevenbroich. Kraft ließ es sich nicht nehmen, zusammen mit Bundesumweltminister Peter Altmaier dass neue 2.100-Megawatt-Braunkohlenkraftwerk Neurath (BoA 2/3) offiziell in Betrieb zu nehmen. Für den BUND ist das Kraftwerk eine schwere Hypothek für den Klimaschutz in NRW. Jahrzehntlang wird der Meiler jährlich etwa 16 Millionen Tonnen Kohlendioxid und hunderte Tonnen Schadstoffe in die Luft blasen. Mit einem elektrischen Wirkungsgrad von nur 43 Prozent und einer gegen Null tendierenden Nutzung der Prozesswärme ist BoA 2/3 auch energie-wirtschaftlich ein Dinosaurier. Auch wenn dafür einige zum Teil noch aus den 1950er Jahren stammende Altanlagen aus dem Betrieb genommen werden, bringt der Neubau keinen Klimaschutzpolitischen Vorteil. Solange nicht die absolute Menge der verstromten Braunkohle drastisch verringert wird, entlastet ein neues Kraftwerk die Atmosphäre von keinem Gramm CO<sub>2</sub>.

Dabei zeigen etliche neue Studien: Klassische, unflexible Braunkohlen-Grundlastkraftwerke spielen schon bald keine Rolle mehr in einem zukunftsfähigen Energiemix. Trotzdem hat RWE in 2012 mit den Planungen für einen weiteren Kraftwerksblock (BoAplus) in Bergheim-Niederaußem begonnen. Auch dagegen macht der BUND mobil. Mit einer umfassenden Stellungnahme im Rahmen des regionalplanerischen Verfahrens und etlichen öffentlichen Informationsveranstaltungen beziehen wir klar Position: Braunkohle darf keine Zukunft haben!

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle)



Foto: D. Jansen

## Neuer Anlauf für Kraftwerk Lünen

Im Dezember 2011 erwirkte der BUND den gerichtlichen Stopp des Trianel-Kohlekraftwerks in Lünen. Ein bahnbrechender Erfolg unserer juristischen Arbeit. Auch vor dem Bundesverwaltungsgericht scheiterte Trianel mit dem Versuch, das umstrittene 750 Megawatt-Steinkohlekraftwerksprojekt im Lünener Stummhafen doch noch ans Netz zu bekommen.

Doch das Unternehmen gibt nicht auf. Mit neuen Anträgen versucht Trianel, doch noch nachträglich die zum Betrieb des Milliardenbaus notwendigen Genehmigungen zu erhalten. In einer insgesamt 624 Seiten starken Stellungnahme hat der BUND dargelegt, dass trotz weit reichender Nachbesserungen gravierende rechtliche und fachliche Mängel bleiben. Drei Tage lang wurden die BUND-Einwendungen im Dezember 2012 mit Behörden und Antragstellern erörtert.

Besonders perfide dabei: Um die immissionsschutzrechtlichen Klippen zu umschiffen, hat das Landesumweltamt ein neues Verfahren zur Bewertung der Vorbelastung durch Luftschadstoffe entwickelt. Diese soll dadurch künstlich kleingerechnet werden, um so zusätzliche Kraftwerkseinträge zu ermöglichen.

Aber auch hier gilt: Ob das Kraftwerk jemals Kohlestrom liefern wird, ist ungewiss. Der BUND wird auch weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, diese Fehlplanung zu verhindern.

Mehr Infos zum BUND-Widerstand gegen Kohlekraftwerke:  
[www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/kohlekraftwerke](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke)

## Gas statt Kohle

Der erfolgreiche BUND-Widerstand gegen den Neubau von Kohlenkraftwerken in Köln, Düsseldorf und Krefeld gibt klimafreundlicheren Kraftwerken eine Chance. An allen drei Standorten werden jetzt hocheffiziente Gas- und Dampf-Kraftwerke geplant und gebaut. Der BUND begleitet deren Genehmigungsverfahren kritisch-konstruktiv. In intensiven Gesprächen mit den Vorhabensträgern haben wir für die technisch besten Lösungen geworben.

Auch wenn fossile Energieträger so schnell wie möglich von erneuerbaren Energien ersetzt oder durch Energiesparen überflüssig gemacht werden müssen, sind flexible GuD-Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung derzeit noch als Brückentechnologie unverzichtbar. Allerdings müssen auch für diese Kraft-



Mit einer im Internet unterstützten Großflächen-Plakataktion warben der BUND und die Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk für mehr Umweltschutz in Lünen.

Foto: BUND-Archiv

werke die höchsten Standards gelten. Insbesondere die Stickoxid-Belastung gilt es so weit wie möglich zu minimieren. Ansonsten drohen den unter dem Autoverkehr leidenden Städten neue Zusatzbelastungen.

Wichtig dabei: Der Einsatz geackerten Erdgases ist ebenso überflüssig wie inakzeptabel (s.u.).

## Akzeptanz für Erneuerbare

Die Energiewende birgt große Herausforderungen, insbesondere in NRW. Mit einem Anteil von nur sieben Prozent an der Stromerzeugung führen Wind, Biomasse, Wasserkraft und Co. derzeit noch ein Schattendasein. Der BUND unterstützt daher die Ziele der Landesregierung für einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren. Gleichzeitig gilt es dabei aber, die Energiewende naturschutzverträglich zu gestalten und Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

Daher hat sich der BUND vehement für die Berücksichtigung der Artenschutzbelange beim Ausbau der Windenergie eingesetzt. Ein entsprechender Leitfaden des Umweltministeriums soll jetzt helfen, Konflikte zu vermeiden. Auch beim Leitfaden zum Bau von Windenergieanlagen im Wald hat der BUND konstruktiv mitgewirkt. Fehlentwicklungen bei der Nutzung der Biomasse gilt es zu vermeiden. (siehe Kapitel Agrarpolitik).

Doch nicht immer findet die sachlich fundierte Position des BUND Gehör. So droht zum Beispiel der Bau eines Pumpspeicherkraftwerks in der Eifel am Widerstand von Teilen der dortigen Bevölkerung zu scheitern, bevor überhaupt alle Umweltschutzprüfungen durchgeführt und diskutiert wurden. Dabei hatte der BUND bereits im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens in vielen Ortsterminen wesentliche Verbesserungen der Planung durchgesetzt. Das Beispiel zeigt: Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist zwar nach Umfragen für die Energiewende – aber bitteschön nicht vor der eigenen Haustür.





Foto: D. Jansen

## Umstrittener Netzausbau

**D**ass der Schwenk hin zu Erneuerbaren Energien nicht ohne eine angemessene Infrastruktur an Stromspeichern und Leitungen gelingen kann, ist

klar. Genauso klar ist allerdings auch, dass der BUND die Netzplanungen sehr kritisch beäugen muss. Denn nicht alles, was von der Bundesregierung und den Übertragungsnetzbetreibern an neuen „Stromautobahnen“ geplant wird, dient tatsächlich vorrangig der Netzintegration der regenerativen Energien. Im Rahmen unserer Stellungnahmen zum Netzentwicklungsplan 2012 haben wir auf solche Fehlplanungen hingewiesen.

Ein besonders prägnantes Beispiel findet sich in Meerbusch-Osterath bei Düsseldorf. Dort plant der Netzbetreiber Amprion mit dem Segen der Bundesnetzagentur die Errichtung einer Konverterstation mit 100.000 Quadratmetern Grundfläche und bis zu 20 Meter hohen Hallen. Die Konverterstation im Netzverknüpfungspunkt soll eine wichtige Schnittstelle im beschlossenen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetz (HGÜ) zwischen den Off-shore-Windparks im Norden und den Verbrauchszentren im Süden bilden. Sie sei für die Energiewende unverzichtbar, so das Argument.

Tatsächlich aber nutzt das Vorhaben zunächst vor allem RWE und seinen Braunkohlenkraftwerken. Versteckt in den Unterlagen der Bundesnetzagentur zum Netzentwicklungsplan 2012 findet sich die verräterische Aussage, dass so der in Braunkohlenkraftwerken erzeugte Strom besonders gut in die Verbrauchszentren Süddeutschlands transportiert werden könne. Und nur dafür braucht man einen Konverter, der den Drehstrom umwandelt und so die Einspeisung in das HGÜ-Netz ermöglicht.

Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Vorrangig müssen die erneuerbaren Energien da ausgebaut werden, wo deren Strom gebraucht wird. Also dezentral und vor Ort. Das macht viele Leitungen überflüssig.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/netzausbau](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/netzausbau)

## NRW bleibt Atomland

**N**RW hat zwar keine laufenden AKW mehr, doch die Beseitigung der Altlasten und der Atomausstieg liegen in weiter Ferne.

Ob Jülich (AVR Versuchsreaktor/Zwischenlager), Duisburg (Konditionierungsanlage für schwach und mittelradiaktive Materialien), Ahaus (Zwischenlager) Hamm und Würgassen mit den stillgelegten AKW oder Gronau mit der Urananreicherungsanlage (UAA) - NRW ist voll von strahlendem Müll. Genau diese Anlagen führen auch zu zahlreichen Atommülltransporten quer durch NRW. Gemeinsam mit den vielen lokalen Bürgerinitiativen und Anti-Atom-Gruppen ging der BUND deshalb auch 2012 wieder auf die Straße. Mit Aktionen in Duisburg, Jülich und Gronau wurde für den sofortigen Ausstieg aus der unbeherrschbaren Atomtechnologie geworben.

**Beispiel Duisburg:** Dort wird in der Konditionierungsanlage der Gesellschaft für Nuklear Service (GNS) schwach- und mittelradioaktiver Müll aus allen AKW in Deutschland behandelt. Diese Anlage sorgt aber keineswegs dafür, dass auch nur ein einziges strahlendes Atom weniger wird. Stattdessen führt die Anlage, die sich unmittelbar an einem Wohngebiet befindet, zu ständigen Atommüll-Transporten ins Zwischenlager Ahaus und zurück zur Zwischenlagerung bei den Verursacher-AKW in ganz Deutschland.

**Beispiel Gronau:** Die Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) „versorgt“ weltweit jedes 10. AKW mit Brennelementen und lagert sowohl angereichertes als auch abgereichertes Uran. Neben den zahlreichen Betriebsrisiken generiert die UAA zahlreiche Uran-Transporten quer durch Deutschland, um der Betreiberfirma Urenco weltweite Geschäfte zu ermöglichen.

Beide Anlagen blieben bei der Vereinbarung des so genannten Atomausstiegs vollkommen unberücksichtigt, sind aber wichtiger Teil der atomaren Brennstoffkette.

Auch die angekündigten Aktivitäten der Landesregierung, die Betriebsgenehmigungen beider Anlagen zu prüfen, erscheinen noch halbherzig.

Der BUND wird deshalb auch weiter auf die Straße gehen.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/atomenergie](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie)



Foto: D. Jansen

## Neue Klage gegen Braunkohlentagebau Hambach

Monatelang sorgte der Kampf von Wald- und UmweltschützerInnen zur Rettung des Hambacher Waldes vor den RWE-Braunkohlenbaggern 2012 für Aufruhr. Die Räumung des „Waldbesetzer-Camps“ landete bundesweit in den Schlagzeilen. Insbesondere das Katz- und Maus-Spiel zur „Befreiung“ des in einem unterirdischen „Hamsterbau“ versteckten Aktivisten war ein gefundenes Fressen für die Medien. Das Vorgehen von Polizei und Behörden dabei war mehr als bedenklich. Insbesondere der Versuch, die WaldschützerInnen bewusst zu kriminalisieren, muss als demokratisch sehr bedenklich gewertet werden.

Kurz vor Weihnachten sorgte der BUND für einen weiteren Paukenschlag: Wir reichten beim Verwaltungsgericht Aachen Klage gegen den aktuellen Hauptbetriebsplan zur Führung des Tagebaus ein und stoppten damit die Rodungen.

Der jetzt vom BUND beklagte bergrechtliche Zulassung umfasst die mit dem Betrieb des Tagebaus Hambach verbundenen Waldrodungen bis zum 31.12.2014. Durch die Fällarbeiten werden die Kernlebensräume etlicher gesetzlich streng geschützter Tierarten vollständig zerstört. So ist der einstmals 4.100 Hektar große Hambacher Wald eines der wichtigsten Verbreitungsgebiete für den Mittelspecht und die Bechsteinfledermaus. Insgesamt kommen dort mindestens elf weitere nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU geschützte Tierarten wie zum Beispiel die Haselmaus und fünf geschützte Vogelarten vor. Der Hambacher Wald selbst unterliegt nach BUND-Auffassung ebenfalls dem Schutz der FFH-Richtlinie. Trotzdem wurden bereits große Teile des Waldes für die Braunkohlegewinnung gerodet; eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde erst gar nicht vorgelegt.

Ein erster Erfolg der BUND-Klage war ein vorweihnachtlicher Rodungsstopp. Durch die BUND-Aktivitäten aufgeschreckt erteilten die Naturschutzbehörden aber flugs die zuvor fehlenden artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen, so dass RWE mit den Arbeiten zunächst fortfahren konnte. Bis zur Entscheidung in der Hauptsache bleibt der Ausgang offen. Der BUND hofft, wegen der offensichtlichen Rechtswidrigkeit der bergrechtlichen Zulassung weitere Baumfällungen ab Herbst 2013 unterbinden zu können.

Letztendlich geht es bei der Auseinandersetzung aber darum, die bergrechtliche Genehmigung des Tagebaus Hambach grundsätzlich in Frage zu stellen. Für den BUND ist klar, dass die NRW-Genehmigungspraxis nicht den Vorgaben des europäischen Rechts entspricht.



Fotos: H. Sauerwein, D. Schubert, Archiv D. Jansen



Gemeinsamer Protest: BUND, BUNDjugend und die Bürgerinitiativen vor Ort protestierten im Dezember 2012 gegen die Waldzerstörung.

Recht haben und Recht bekommen sind allerdings zweierlei. Wir sind entschlossen, alle Möglichkeiten zu nutzen, die immer noch unersetzbaren Reste des Hambacher Waldes vor den gefräßigen Braunkohlebaggern zu retten.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/hambach](http://www.bund-nrw.de/hambach)

## Aus für Fracking in NRW?

Der heftige Widerstand von BUND und Bürgerinitiativen gegen die umstrittene Fracking-Technologie zur Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten war erfolgreich: Bis auf Weiteres werden in Nordrhein-Westfalen keine Genehmigungen zur Exploration und Gewinnung erteilt. Dabei bleibt es auch nach der Vorstellung der Fracking-Risikostudie im September 2012. Diese bestätigte das enorme Gefährdungspotenzial für Mensch und Umwelt und belegte die großen Erkenntnisdefizite in Bezug auf die beim Fracking eingesetzten Giftstoffe.



Foto: Archiv D. Jansen

Mit Aktionen, Tagungen, Diskussionsveranstaltungen und bei parlamentarischen Anhörungen war der BUND landauf landab präsent. Auch im Arbeitskreis zur Begleitung der NRW-Risikostudie beim Umweltministerium haben wir aktiv mitgearbeitet. Das Einsatzgebiet des nordrhein-westfälischen BUND reichte dabei von Berlin bis Brüssel. Der BUND-Bundesverband beschloss auf seiner letztjährigen Bundesdelegiertenversammlung auf Initiative des BUND NRW einstimmig die Forderung nach einem Fracking-Verbot. Auch die europaweite Vernetzung aller Fracking-Gegner wurde von uns in Brüssel mit voran getrieben. Ob im Hessischen Landtag oder bei Veranstaltungen vor Ort – als Sachverständiger ist der BUND weiterhin häufig gefragt. Gleichwohl ist das Thema noch lange nicht vom Tisch. Jetzt gilt es, das gesetzliche Fracking-Verbot politisch durchzusetzen.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/fracking](http://www.bund-nrw.de/fracking)



Foto: D. Jansen

## „Frau Bundeskanzlerin, packen Sie jetzt mal richtig an!“

Mit dieser Aufforderung empfing ein Aktionsteam von BUND und Germanwatch Bundeskanzlerin Merkel anlässlich ihres Wahlkampfauftritts am 11. Mai in Düsseldorf. Die KlimaschützerInnen warben für ambitionierte Klimaschutzziele. Auf dem EU-Gipfel am 28. Juni 2012 müssten die Regierungschefs endlich eine Minderung klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen von 30 Prozent bis 2020 in Europa beschließen. Ohne einen solchen Beschluss würde der Emissionshandel kollabieren, der das zentrale Instrument des Klimaschutzes in Europa ist. Zudem würden die nötigen Anreize für klimafreundliche Investitionen in Deutschland und Europa fehlen und die deutsche Energiewende drohe zu scheitern. Mittlerweile wissen wir, dass

die Befürchtungen berechtigt waren. Der Preis für die CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechte ist in den Keller gegangen, womit sich Klimaschutzmaßnahmen kaum noch lohnen. Ausgerechnet die Braunkohle feiert auch deshalb eine Renaissance.

## Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen für mehr Klimaschutz

Mit einer gemeinsamen Klimaschutzklärung meldeten sich im Mai 2012 der BUND, Umwelt- und Wirtschaftsverbände, Unternehmen, kirchliche Organisationen, Gewerkschaften und kommunalen Initiativen gemeinsam zu Wort, um den Klimaschutz in einem breiten gesellschaftlich getragenen Diskurs in NRW voranzubringen. Damit sollte der Energiewende in Nordrhein-Westfalen, als wichtigstem Industrie- und Energieland in Deutschland, neuer Schwung gegeben werden. Inzwischen wurde mit finanzieller Unterstützung der Mercator-Stiftung sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW der „Initiativkreis Klimaschutz e.V.“ gegründet. Er nahm im Frühjahr 2013 seine Arbeit auf und bildet eine wichtige Plattform zur Begleitung der Umsetzung der NRW-Klimaschutzziele.



Foto: Archiv D. Jansen

# Verkehr verkehrt

**N**RW ist als europäisches Haupttransitland auf eine konzeptionelle und effiziente Verkehrsinvestitionspolitik angewiesen, die klare Prioritäten setzt statt knappe Finanzmittel mit der Gießkanne über das ganze Land zu verteilen. NRW braucht nachhaltige Lösungen im Güterverkehr sowie in den Städten und Agglomerationen. Eine zielgerichtete Politik der Verlagerung von Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße sowie nachhaltige Logistik sind dringend geboten. Dabei müssen Umweltbelange und Bürgerinteressen durch eine transparente Beteiligung gewahrt werden. Auch bei den Straßeninvestitionen müssen rationale Prioritäten gesetzt werden. Erhalt statt Neubau ist angesichts knapper Kassen das Gebot der Stunde. Trotzdem setzt die Politik mehrheitlich noch immer auf den ökonomisch ebenso unsinnigen wie ökologisch inakzeptablen Bau neuer Autobahnen.



Foto: D. Jansen

## Wende beim Landesstraßenbau?

**L**andtagswahlen sind Zeiten toller Versprechungen der Politik. Hier ein (fragwürdiges) Gewerbegebiet, dort eine (überflüssige) Straße, und der Beifall der Industrie ist dem Wahlkämpfer gewiss. Im Vorfeld der Landtagswahl hat der BUND daher einen Wahlprüfstein zur Landesstraßenpolitik und eine entsprechende Streichliste überflüssiger und schädlicher Projekte vorgestellt.

Im Fokus des BUND stand dabei die 2011 vorgelegten Priorisierungsliste für den Landesstraßenbau. Dieses sei das falsche Instrument am falschen Ort. Stattdessen schlug der BUND ein Konzept zur Sicherung des Substanzerhalts unter zügiger Beendigung begonnener Projekte und die Umsetzung von Lösungen im Bestand vor. Gleichzeitig veröffentlichten wir eine Streichliste mit besonders umweltschädlichen und teilweise überflüssigen Landesstraßenprojekten mit einem Volumen von 540 Mio. Euro.

An die neue Landesregierung ging die Forderung, endlich den bestehenden Bedarfsplan zu überprüfen und dabei die Weichen für eine nachhaltige, klimafreundliche und ökonomisch sinnvolle Landesstraßenplanung zu stellen. Wie bei den Bundesfernstraßen auch müsse der Erhalt vor Neubau gehen. Das bestehende Netz besser zu nutzen und optimal mit anderen Verkehrsträgern zu verknüpfen, sei das Gebot der Stunde. Der aktuelle bis 2015 gültige Bedarfsplan muss laut Landesstraßenausbaugesetz alle fünf Jahre fortgeschrieben werden. Dabei sind die noch nicht realisierten Planungen zu überprüfen. Das Gesetz dadurch zu umgehen, dass eine einseitig auf Neubau ausgerichtete Priorisierungsliste aufgestellt wird, ist unzulässig.

Der BUND forderte, dass allein 41 der 104 Landesstraßenprojekte der Priorisierungsliste ersatzlos gestrichen werden sollten.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/verkehrspolitik/landesstrassen](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrspolitik/landesstrassen)

## Widerstand gegen Eifelautobahn

**F**lächenverbrauch, weitere Zerschneidung der Landschaft und nicht zu lösende Artenschutzprobleme: Die Kritik gegen den geplanten Lückenschluss der Eifelautobahn A 1 ist groß. Dabei gibt es umweltschonendere Alternativen. Trotzdem hat die Straßenbauverwaltung das Planfeststellungsverfahren für den ersten Teilabschnitt eingeleitet. Anlass genug für den BUND, um gemeinsam mit den anderen Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen – auch den BUND-KollegInnen in Rheinland-Pfalz – auf die Barrikaden zu gehen.

Besonders perfide mutet dabei die politische Salamitaktik der Zerteilung der Strecke in kleinste Bauabschnitte an. Der nun anste-



Dezember 2012: BUND, NABU und Bürgerinitiativen überreichen im Kölner Regierungspräsidium die Stellungnahmen gegen den Weiterbau der A 1.

Foto: D. Jansen

hende 6-Kilometer-Abschnitt Blankenheim–Lommersdorf hat verkehrstechnisch keinerlei eigenen Nutzen.

BUND und NABU überreichten im Kölner Regierungspräsidium im Dezember 2012 eine umfangreiche Stellungnahme und etliche hundert private Einwendungen gegen das Vorhaben. In der Stellungnahme der Naturschutzverbände wird das Projekt regelrecht zerpfückt. Ein Gutachterbüro wies nach, dass die der Planung zu Grunde liegenden Verkehrsprognosen veraltet, völlig überhöht, teils offenkundig falsch sind. Bei sinkenden Bevölkerungszahlen würden auch weiterhin die vorhandenen Bundesfernstraßen A 61 und B51/A60 ausreichen. Alles andere ist Steuergeldverschwendung zu Lasten der Natur.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/verkehrspolitik/fernstrassen/eifelautobahn\\_a1](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrspolitik/fernstrassen/eifelautobahn_a1)



*Ortstermin: Im Juli 2012 machte sich die Berichtstermin des Bundesverwaltungsgerichts ein persönliches Bild von der A33-Problematik. Foto: D. Jansen*

## A33-Urteil: Niederlage für die Natur

Enttäuschung und Unverständnis, aber auch ungebrochener Wille, weiter für die Natur zu kämpfen: Die Gefühlslage der BUND-Aktiven nach dem Scheitern der Klage gegen den Lückenschluss der A 33 war sehr zweispältig. Jahrzehntlang hatte der BUND gemeinsam mit vielen UnterstützerInnen in der Region gegen die Trassenführung der Autobahn zwischen Borgholzhausen und Halle gekämpft. Bis zuletzt schien eine außergerichtliche Einigung möglich. Doch letztendlich verweigerten die Ministerpräsidentin Kraft sowie die

Verkehrsminister Voigtsberger und Groschek ihre Zustimmung für eine wesentlich weniger umweltschädliche Alternativtrasse. Im Ergebnis wies das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dann am 6. November 2012 die BUND-Klage ab.

Der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Bernd Meier-Lammering kommentierte das Urteil als „traurige Niederlage zu Lasten unserer Natur“. So kämen der Schutz der Fledermäuse und wertvoller Waldflächen höchstrichterlich bestätigt unter die Räder der A 33. Die geplante Trasse verläuft über eine lange Strecke direkt an der Grenze des europäischen Natura-2000-Gebietes ‚Tatenhauser Wald‘ und beeinträchtigt zahlreiche Lebensräume und Arten des Schutzgebietes. Insbesondere die Bechsteinfledermaus, wegen der das FFH-Gebiet überhaupt ausgewiesen werden sollte, befindet sich deutschlandweit in einem sehr schlechten Erhaltungszustand und droht infolge der Gefahren durch die neue Trasse im Tatenhauser Wald ausgerottet zu werden. Kurz vor Erlass des Planfeststellungsbeschluss waren im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Trasse zwei bisher nicht bekannte weitere Kolonien der Bechsteinfledermaus gefunden worden. Für den BUND ist der Bereich der geplanten Trassenführung der A 33 daher der wertvollste Lebensraum dieser Art in ganz Nordrhein-Westfalen.

Der Klage waren langwierige Verhandlungen des BUND mit der Landesregierung über einen eventuellen Klageverzicht vorausgegangen. Hintergrund ist die 2004 mit der Landesregierung geschlossene „Düsseldorfer Vereinbarung“. Diese Übereinkunft sah einen tragfähigen Kompromiss zugunsten der Natur vor. Im Gegenzug bestätigte der BUND, auf eine Klage verzichten zu wollen. Als die Landesregierung die Vereinbarung einseitig aufkündigte, blieb nur noch der Gang zum Gericht.

Dabei wäre eine Einigung durchaus möglich gewesen. In Anbetracht der massiven Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes hätte der Lückenschluss auf einer weiter südlich verlaufenden Alternativtrasse hergestellt werden können. Dadurch wären sowohl das FFH-Gebiet als auch die Bechsteinfledermaus gänzlich verschont geblieben.

Auch die Richter am Bundesverwaltungsgericht scheinen Mühe damit zu haben, ihre eigene Entscheidung zu begründen. Auch fünf Monate nach Urteilsverkündung – und damit nach Ablauf der gesetzlichen Frist dafür – lag die schriftliche Begründung noch nicht vor.

Mehr Infos: [http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/verkehrspolitik/fernstrassen/a\\_33\\_borgholzhausen\\_halle](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrspolitik/fernstrassen/a_33_borgholzhausen_halle)

# BUNDland NRW

Der BUND ist ein Mitmachverband für alle, die im Umwelt- und Naturschutz aktiv werden möchten: Mit handwerklich-praktischem Geschick, mit Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, mit Freude an griffigen Formulierungen beim Erstellen von Presseinformationen, Faltblättern oder Newslettern, als WebmasterIn, ExkursionsführerIn, KassenwartIn, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Organisation öffentlichkeitswirksamer Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Die Bandbreite des Engagements der viele hundert BUND-Aktiven ist groß. Ehrenamtlich, unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

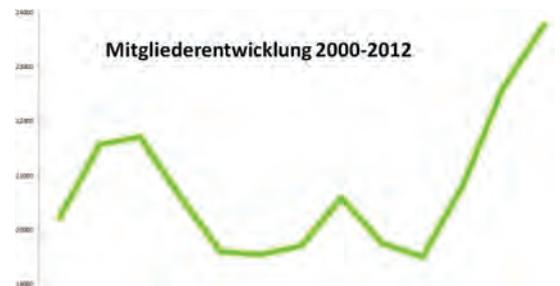
Seit dem Jahr 2012 ist es auch möglich, im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienstes unsere Arbeit voranzubringen und mit zu gestalten. Egal ob jung oder alt, Frau oder Mann, ob in Teilzeit oder Vollzeit: weitere ‚Bufdis‘ sind uns herzlich willkommen.

Welche Themen vor Ort angegangen werden und wo und wie BUND-Aktive sich einmischen, entscheiden diese eigenständig in den vielen Kreis-, Orts- und Regionalgruppen, in Projekten und in Arbeitskreisen. Dabei werden sie vom BUND-Landesverband und –Bundesverband tatkräftig unterstützt. Auf diese Weise ist über die Jahre ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk gewachsen.

Auch die Mitgliederentwicklung nahm im Jahr 2012 einen erfreulichen Verlauf: Am Jahresende unterstützten 23.772 Mitglieder den BUND in Nordrhein-Westfalen. Der Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes ist in der Öffentlichkeit anhaltend hoch. Ob Klimaschutz, Atomausstieg, ob Fracking oder der gentechnikfreie Landwirtschaft: In vielen Fragen steht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hinter uns.

Machen Sie mit?

Mehr: [www.bund-nrw.de/aktiv\\_werden/mitglied\\_werden](http://www.bund-nrw.de/aktiv_werden/mitglied_werden)



## BUND-Landesdelegiertenversammlung

Einmal im Jahr versammeln sich die mehr als 130 Delegierten der BUND-Kreisgruppen, der BUNDjugend NRW und der Landesarbeitskreise. Die Landesdelegiertenversammlung ist das höchste Gremium des Verbandes. Sie befindet zum Beispiel über die Entlastung des Vorstandes, fasst Grundsatzbeschlüsse, wählt den Vorstand und nimmt den Haushalt entgegen.

Am 22. April 2012 tagte die Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW in Bielefeld. Im Zentrum der Beratung der Delegierten stand neben den notwendigen Formalia und Nachwahlen zum Landesvorstand vor allem die Naturschutzpolitik. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution plädierten die Delegierten für die Schaffung eines 8.650 Hektar großen Nationalparks im Teutoburger Wald und der angrenzenden Egge.

*Landesdelegiertenversammlung in Bielefeld 2012: Claudia Baitinger, Dieter Formen und Axel Heimen-dahl sorgten als Tagungspräsidium für den geregelten Ablauf.*

Foto: D. Jansen



# ... und jetzt noch die Erde retten!

## „Auf die Straße – fertig – los!“

Wenn die BUNDjugend zur Landesjugendversammlung einlädt, heißt es seit 2011 „Auf die Straße – fertig – los!“ Die BUNDjugend nutzt das jeweilige Wochenende in diesem Sinne nicht ausschließlich für ihre Mitgliederversammlung, sondern lädt ihre MitstreiterInnen ein, bei einer Aktion zum Thema „Verkehr“ aktiv zu werden. Auch 2012 war diese Kombination von Gremienarbeit und Aktionen ein voller Erfolg.

Bei schönem Frühlingswetter bezogen am 17. März Aktive der BUNDjugend NRW eine belebte Verkehrsinsel in Bielefeld. Mit Sofas, blumen-dekorierten Tischen sowie Kaffee und Kuchen schafften sie auf der sonst grauen Fläche eine bunte Insel – ein Wohnzimmer auf der Straße. Wo sonst PassantInnen hektisch hin und her hechten, sorgten an diesen Samstag Mittag Aktive der BUNDjugend für eine ungewohnt fröhliche und entspannte Atmosphäre.

Rund um das Wohnzimmer Alltagsbilder vom Verkehr: gestresste AutofahrerInnen in sich stauenden Autokolonnen auf den breiten Asphaltspuren. Mit Ohrschützern und Atemmasken machten die strickenden, jonglierenden und trommelnden Jugendlichen dezent, aber wirkungsvoll auf ihr Anliegen aufmerksam. „Was wäre wenn...?“ regte ein großes Banner zum Nachdenken an, ein anderes titelte etwas deutlicher: „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten!“. Mit Flyern wurden die Interessierten über die Forderungen der Aktion informiert: eine klima- und umweltbewusste Stadtplanung. Der überwiegende Teil der PassantInnen und sogar zahlreiche AutofahrerInnen reagierten positiv und unterstützten die Botschaft der Jugendlichen.

Die Mitgliederversammlung am Sonntag nach der Aktion markierte mit dem einstimmigen Beschluss einer ersten eigenen Satzung der BUNDjugend NRW einen Meilenstein in der Geschichte des Jugendver-

bands. Diese regelt die Eigenständigkeit klarer als es mit den bis dato gültigen Richtlinien der Fall war.

Die Verantwortung für die Geschicke des Verbands obliegt nun vollständig einem 10-köpfigen jugendlichen Vorstand, der – wie dies auch andersherum der Fall ist – durch ein Vorstandsmitglied aus dem BUND ergänzt wird.



## Kampf ums Klima

Seit die BUNDjugend 2010 das erste ‚Klimacamp‘ im rheinischen Braunkohlenrevier durchführte, findet dort jährlich eine solche Veranstaltung statt. Die Resonanz wird größer und größer. Inzwischen hat die unter anderem mit BUNDjugend-Engagement gegründete Kampagne „ausgeCO2hlt“ die Organisation des Camps und zahlreicher weiterer Anti-Kohle-Aktivitäten übernommen – die BUNDjugend unterstützt diese Arbeit nach Kräften. So engagierten sich in 2012 neuerlich zahlreiche BUNDjugend-Aktive, organisierten das Infzelt und managten die Camp-Cafés.

Aber auch über das Klimacamp hinaus war die BUNDjugend aktiv für den Klimaschutz. So beteiligten zahlreiche BUNDjugendliche an den Protesten zur Einweihung der neuen Kraftwerksblöcke in Neurath. Im September organisierte die BUNDjugend mit Unterstützung der BUND-Kreisgruppe Rhein-Erft einen solidarischen Sonntagsspaziergang zur Waldbesetzung im Hambacher Forst, welcher für den Braunkohletagebau zerstört wird. Der Einladung folgten viele interessierte

# Die BUNDjugend NRW

BürgerInnen aus der Region, um sich bei einer Führung sowie Kaffee und Kuchen ausführlich über Leben und Ziele der BesetzerInnen zu informieren.

Im Dezember wurden die Jugendlichen einmal mehr gemeinsam mit dem BUND im Rheinischen Braunkohlerevier aktiv. Um zum Klimaaktionstag am 8. Dezember auf RWE als größten CO<sub>2</sub>-Emittenten Europas hinzuweisen, installierten sie auf einem BUND-eigenen Grundstück im Abbaugbiet des Tagebaus Ham-

Umfeld aus ökologisch orientierten Menschen. Einziger Haken an der Sache: Alle Mietparteien, so auch die BUNDjugend, mussten mit anpacken, um das Gebäude zu renovieren.

Gleichwohl wurde schnell beschlossen, Renovierung und Umzug als gemeinsame Herausforderung von Haupt- und Ehrenamtlichen in Angriff zu nehmen. So beanspruchten die Arbeiten auf dem Bau in der ersten Jahreshälfte einen spürbaren Teil der Ressourcen.

Statt umweltpolitischer Aktionen beteiligten sich zahlreiche Ehrenamtliche an fünf Renovierungswochenenden und einer Renovierungswoche. Dort hieß es, Wände einreißen, Tapeten entfernen, verputzen, Dielen abschleifen, Fußboden ölen, streichen und und und... – alles selbstverständlich mit Naturmaterialien.



bach presse- und öffentlichkeitswirksam ein 4,5 mal 2 Meter großes Banner mit dem Aufdruck „Klimakiller RWE“, das auch von der nahen A 4 eingesehen werden konnte. Auch die wenig später folgende Klage gegen die Abholzungen von RWE im Hambacher Forst wurde mit einer Banner-Einweihung begleitet; Der Schriftzug „Hambacher Forst bleibt!“ grüßte weit sichtbar über das Feld.

Im Mai 2012 erfolgte dann der Umzug der Landesgeschäftsstelle. Gefeierte wurde die neue Wirkungsstätte im Juni 2012 bei einer sommerlichen Einweihungsparty unter dem Motto „Occupy Paradise“. Am Nachmittag gab es parallel zu Kaffee und Kuchen zahlreiche Aktivitäten wie Schmuckbasteln aus Recyclingmaterialien, eine erlebnispädagogische Seilstation oder einen verrückten Fahrradparcours.

Für den Abend hatten die Aktiven ein festliches vegan/vegetarisches Buffett im Garten vorbereitet. Insbesondere die jugendlichen Partygäste erfreuten sich später an einer bunten Kleidertauschparty und den Balkan-Beats des allseits beliebten DJ Vaga in den Räumlichkeiten der Landesgeschäftsstelle. Insgesamt feierten rund 100 Gäste aus dem Freundes- und UnterstützerInnenkreis gemeinsam ein fröhliches Fest, das bis zum Morgengrauen dauerte.

## Neues Domizil

Ende 2011 gab es für die BUNDjugend aus heiterem Himmel die Möglichkeit, in neue Büroräume umzuziehen. Statt zuletzt schlichter Räumlichkeiten in einem nüchternen Bürogebäude bot sich eine neue Bleibe in einem Gemeinschaftsprojekt in Soest an. Pluspunkte der neue Geschäftsstelle waren hinreichend Platz für das Büro und zwei FÖJ-Unterkünfte, schöne hohe Räume, die energetische Sanierung des Hauses, der Zugang zum Garten und nicht zuletzt das

Kontakt und mehr Infos:  
 BUNDjugend NRW, Paradieser Weg 19, 59494 Soest,  
 Tel.: 02921-3364-0, Fax: 02921-3364-5, [www.bundjugend-nrw.de/](http://www.bundjugend-nrw.de/)

# Unabhängig. Auch finanziell.



Politische Unabhängigkeit setzt Unabhängigkeit im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden sowie Kooperationen verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der rund 23.700 Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.

## Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2012 seine solide finanzielle Basis weiter stärken.

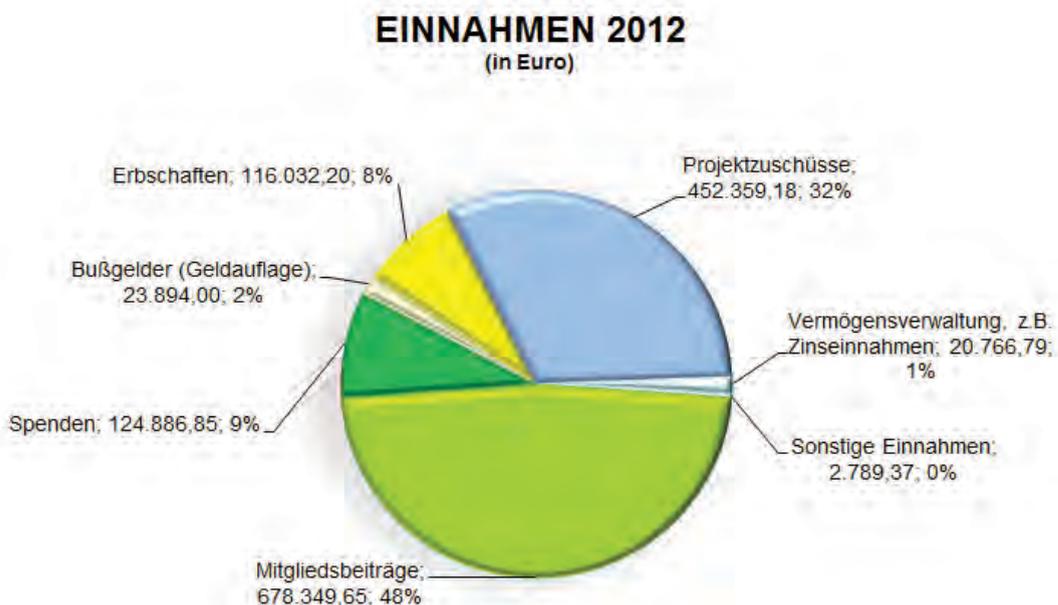
Die verlässlichste Unterstützung erhielt er mit rund 678.350 Euro über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen lagen im Jahr 2012 aufgrund von zahlreichen zweckgebundenen Spenden – insbesondere für die BUND-Gruppen – deutlich höher als geplant. Auch die Bußgelder stiegen gegenüber dem Vorjahr an. Der Landesverband erhielt auch wieder Einnahmen aus Erbschaften.

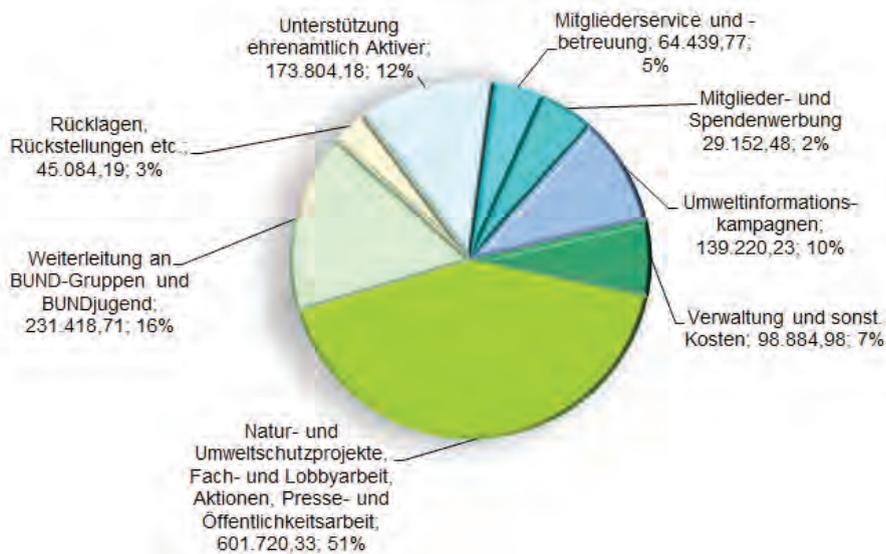
Die Projektzuschüsse resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für sein Projekte

„Wassernetz Plus“ und „Wildkatzensprung“, für eine Reihe von dezentralen Projekten und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das Bundesministerium für Naturschutz, das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie einige kleinere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, zum Beispiel aus der Beteiligung an einer Windkraftanlage in Geseke. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Projekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPla.net) an und unterstützt damit diese Projekte.



## AUSGABEN 2012 (in Euro)



### Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als 596.500 Euro flossen 2012 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere fast 231.500 Euro, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend NRW weiter geleitet und dort ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das fast 60 Prozent der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugute kommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt knapp 174.000 Euro zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRWinfo mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rund 64.500 Euro aus.

Für Umwelthinformationskampagnen setzte der Landesverband knapp 140.000 Euro, für Spenden- und Mitgliederwerbung rund 69.500 Euro ein. Die Rückstellungen und Rücklagen konnten um etwas mehr als 45.000 Euro erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit 7 Prozent weiterhin erfreulich niedrig.

### Die BUND NRW Naturschutzstiftung

Die im März 2002 eingerichtete BUND NRW Naturschutzstiftung konnte auch in 2012 wieder schnell und unbürokratisch wichtige Flächen für den Naturschutz sichern.

Nachdem die Stiftung 2010 die erste Tranche der Quarzsandgrube Brenig im Rhein-Sieg-Kreis erworben hatte, wurden 2012 die verbliebenen, ebenfalls unter Naturschutz stehenden Abgrabungsflächen hinzugekauft. Die Finanzierung erfolgte über die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege. Damit können jetzt circa 30 Hektar dauerhaft im Sinne des Natur- und Artenschutzes entwickelt und erhalten werden.

Ferner erwarb die Stiftung im Bereich Bonn Kessenich rund 4.000 qm Waldfläche. Ziel ist es, die Flächen mit einer aus Naturschutzsicht beispielhafte Waldwirtschaft aufzuwerten. Die Finanzierung des Kaufes erfolgt durch die Kreisgruppe Bonn.

Die Auswahl und Präsentation des Schmetterlings des Jahres ist dagegen schon ein etablierter Klassiker mit enorm großer Medienresonanz im deutschsprachigen Raum.

Mehr Infos: [www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de](http://www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de)



# Wir über uns: Das BUND-Team

Der BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen. Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von acht hauptamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und UnterstützerInnen.

## Der BUND-Landesvorstand 2012:

Paul Kröfges, *Landesvorsitzender*

Bernd Meier-Lammering, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Holger Sticht, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Klaus Brunsmeier, *Schatzmeister*

Notburga Henke, *Beisitzerin*

Dr. Thomas Krämerkämper, *Beisitzer*

Horst Meister, *Beisitzer*

Friedrich Ostendorff, *Beisitzer (nicht im Bild)*

Prof. Dieter Schmalz, *Beisitzer*

Nora Langenfurth, *BUNDjugend-VertreterIn*



## BUND-Landesarbeitskreise gibt es zu den Themen:

- Atom
- Braunkohle
- Deregulierung
- Energie
- Heimische Orchideen
- Klimawandel & Nachhaltigkeit
- Landwirtschaft
- Naturschutz
- Technischer Umweltschutz
- Verkehr, Stadtentwicklung und Flächennutzung



AnsprechpartnerInnen der Arbeitskreise und der etwa zahlreichen örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen.



## Die Landesgeschäftsstelle 2012:

Dr. Christoph Aschemeier, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Rolf Behrens, *Sekretariat*

Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation*

Ralf Bilke, *Agrarreferent/Kreis- und Ortsgruppenbetreuung*

Kristina Grund, *Cash-Management, Haushaltsüberwachung*

Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Claudia Reuter, *Büroassistentz*

Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr/ Spendenbescheinigungen*

**Ich will den BUND unterstützen**

**Ich werde BUNDmitglied**

Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (ab 50 €)
- Familie (ab 65 €)
- SchülerIn, Azubi, StudentIn (ab 16 €)
- Erwerbslose, Alleinerziehende, KleinrentnerIn (ab 16 €)
- Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500 €)

Wenn Sie sich für eine Familienmitgliedschaft entschieden haben, tragen Sie bitte die Namen hier ein. Familienmitglieder unter 28 Jahren sind automatisch auch Mitglieder der BUNDjugend.

Name, Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Name, Geburtsdatum \_\_\_\_\_

**Ich unterstütze den BUND mit einer Spende**

Spendenbetrag  €

einmalig

jährlich

Um Papier- und Verwaltungskosten zu sparen, ermächtige ich den BUND, den Mitgliedsbeitrag/die Spende von meinem Konto abzubuchen. Diese Ermächtigung erlischt durch Widerruf bzw. Austritt.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Kreditinstitut \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Kontonummer \_\_\_\_\_

E-Mail, Telefon (Sie können die Verwendung jederzeit widersprechen)

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Wenn das Konto nicht ausreichend gedeckt ist, wird der Betrag nicht eingezogen. Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können - gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e.V. - auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Bund für Umwelt  
und Naturschutz Deutschland  
Landesverband  
Nordrhein-Westfalen e.V.  
Merowingerstr. 88  
40225 Düsseldorf  
Tel.: 0211/302005-0  
Fax: -26,  
e-Mail: [bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net)

### V.i.S.d.P.:

Paul Kröfges,  
Landesvorsitzender

### Redaktion, Text & Layout:

Dirk Jansen

### Beiträge:

Dr. Christoph Aschemeier,  
Achim Baumgartner  
Dr. Jochen Behrmann,  
Ralf Bilke, Kerstin Ciesla,  
Stefan Förster  
Paul Kröfges,  
Dr. Michael Luwe,  
Horst Meister,  
Holger Sticht

### BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft  
GmbH Köln  
BLZ: 370 205 00  
Konto-Nr. 8 204 700

### Druck: TIAMAT, Düsseldorf

Nachdruck oder sonstige  
Verwertung nur mit  
Genehmigung des  
BUND NRW e.V.

### Der BUND im Internet:

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

Düsseldorf, Mai 2013



**Mehr Infos: [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)**